

Einzelnenpreis: Die halbjährliche Zeitungsnummer 4, 10 Nummern...
Anzeigenpreis: Die halbjährliche Zeitungsnummer 4, 10 Nummern...
Verlag: G. W. Pfeiffer, Dresden.

Verlag: G. W. Pfeiffer, Dresden.
Verlagssort: Dresden.
Einzelnenpreis: Die halbjährliche Zeitungsnummer 4, 10 Nummern...
Anzeigenpreis: Die halbjährliche Zeitungsnummer 4, 10 Nummern...
Verlag: G. W. Pfeiffer, Dresden.

Sächsische Vollzeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Vollzeitung
Oeden-Kloster 1, Ballerstraße 17, Dresden 10, S.
Telefon 21 012.

Für ein einiges, freies Deutschland!

Der Reichspartei-Ausschuß der Deutschen Zentrumspartei gibt die Wahlparole

Gegen die Saboteure nationaler Sammlung

Berlin, 6. Februar.

Der Reichsparteiausschuß der Deutschen Zentrumspartei sah das Ergebnis seiner Beratungen gestern in folgendem einstimmig und unter stürmischem Beifall angenommenen Beschluß zusammen:

„Der Reichsparteiausschuß, zur Einleitung des gegen den Willen des Zentrums dem deutschen Volke aufgezwungenen Wahlkampfes verammelt, erklärt seine einmütige Zustimmung zur Haltung der Partei- und Fraktionsführung.“

Der Reichsparteiausschuß ist überzeugt davon, daß die verantwortlichen Führer des Zentrums alles getan haben, was der Verwirklichung einer umfassenden Sammlung aufbauwilliger Kräfte dienlich war. Damit allein konnte dem Land der innere Friede gegeben werden, der die Voraussetzung ist für die Behebung der wirtschaftlichen Not.

Die näheren Umstände, die zur heutigen Reichsregierung geführt haben, lassen unzweideutig den Willen bestimmter Gruppen erkennen, die im Zentrum geeinten politischen Volkskräfte von verantwortlicher Mitarbeit auszuschließen. In dieser Tatsache erblickt der Reichsparteiausschuß

eine Herausforderung, die die Zentrumswählerschaft bei der kommenden Wahlentscheidung eindeutig geschlossen beantworten wird.

Indem die Führung der Partei Klarheit über die Willensrichtung der gegenwärtigen Reichsregierung ver-

langte, hat das Zentrum nicht „für links optiert“, sondern für die Autorität des Rechts, für Volksfreiheit und Wahrung der Verfassung; nicht für Sozialismus oder Bolschewismus, sondern für den christlichen und sozialen Staat.

Festverwurzelt im Volke, im Vertrauen auf die Unzerstörbarkeit der sittlichen und religiösen Grundlagen und gestützt auf eine stolze Ueberlieferung, ruft der Reichsparteiausschuß Männer und Frauen zur Entscheidung auf. Nicht „entweder-oder“, nicht „links oder rechts“, nicht Spaltung der Nation in zwei Lager kann Zentrumspartole sein.

Unser Ziel heißt: Aufbau der Nation aus den Grundkräften einer geistigen und politischen Mitte, die eintr, versöhnt und zusammenschließt.

Die Zentrumspartei wird einen Kampf der Selbstdisziplin und Nüchternheit führen. Wir verlangen Freiheit für den Wahlkampf und werden uns gegen jede Einschränkung der Wahlfreiheit rechtmäßig wehren. Freunde in Stadt und Land! Der bevorstehende Wahlkampf geht uns Lehtel! Alle Kraft zusammen: gegen bolschewistische Zerkleinerung, gegen Unterdrückung der regionalen Kräfte durch übertriebenen Staatszentrismus und gegen Beherrschung des Staates durch einseitige Parteimacht!

**Für Sammlung gegen Spaltung!
Mit dem Zentrum für das ganze Deutschland!**

Berlin, den 5. Februar 1933.
Der Reichsparteiausschuß.

Die Rede des Parteivorsitzenden Raas

Die Verhandlungen des Partei-Ausschusses wurden durch folg. großangelegte Rede des Parteivorsitzenden Raas eingeleitet.

Der Wunsch der großen Mehrheit des deutschen Volkes, das dringende Verlangen aller schwer ringenden Menschen, zu einer festen, dauernden Ordnung der politischen Verhältnisse in Deutschland ohne volkszerstehende und wirtschaftshemmende Neuwahlen zu kommen, ist wieder einmal unerfüllt geblieben. Es ist erklärlich, daß die für diese Wahl verantwortlichen Stellen die Schuld von sich abwälzen und dem Zentrum zuschreiben möchten. Dieser Versuch ist mit der Veröffentlichung des Briefwechsels, den ich mit dem Herrn Reichsminister gehabt habe, gescheitert. Es ist klipp und klar erwiesen, daß das Zentrum bereit war, eine sachliche Regierungsarbeit zu ermöglichen.

Wir haben allerdings wissen wollen, was die Regierung wollte, wo hin der Kurs ging. Wir wollten wissen, ob der Weg des Rechtes gegangen, ob die Wirtschaftsmahnahmen für die deutsche Wirtschaft in allen ihren Teilen förderlich sein, ob die Grundlagen des sozialen Rechtes erhalten, ob die Wahrung gesichert sein würden.

Das Zentrum ist eine politische Bewegung von vier Millionen deutscher Männer und Frauen, die ein Recht haben zu fragen, wenn sie eine Mitverantwortung übernehmen sollen für die weitere Gestaltung des deutschen Schicksals.

Als freie Bürger wollen wir nicht Steigbügelhalter sein für Parteihäupter anderer politischer Bewegungen. In uns lebt noch der Stolz, mit dem unsere Vä-

ter und Großväter sich Freiheitsrechte im deutschen und preussischen Staate erkämpft haben. Mit uns kämpft eine Jugend, die ein Reich nationaler Größe, wahrhaften Friedens und sozialer Gerechtigkeit mitbauen will. In unseren Reihen stehen Frontsoldaten, die nicht nur im Kriege ihre Pflicht getan, sondern auch in dieser Zeit der Not gegen den Zerfall der Nation sich einsetzen wollen.

Das Zentrum wußte ja, welchen politischen Kräften es Arbeitsmöglichkeit geben sollte. Die Haupter von zwei kämpfenden politischen Parteien haben sich in einer Regierung zusammengesunden, von denen wir bisher nicht nur laute, aufreizende Worte der Agitation kannten, sondern auch wußten, daß ihre Ziele stark entgegengesetzt waren. Der eine will vorwärts, zu einem neuen Reich einer sozialistischen Zukunft, der andere rückwärts zu einem Reich einer liberalen Vergangenheit — beide nur einig im hassenden Kampfe gegen andere Meinungen.

Wenn uns parteipolitisches Denken allein befehlt hätte, wäre es für uns eine Zeit größter agitatorischer Möglichkeiten geworden, dem Tanzen des „Marshall Vorwärts“ und des „Marshall Rückwärts“ zuzuschauen. Wir durften diese Zuschauerrolle nicht spielen, weil wir Mitverantwortung getragen hätten an den Schädigen, die dieses Gegeneinander schafften muß.

Es genügte uns nicht, daß zwei kämpfende Bewegungen „Frieden“ schlossen und uns mit der Friedensmappe zuwinkten, wir wollten die Friedensbedingungen kennen. Es genügte uns nicht und konnte uns nicht genügen, daß diese beiden Bewegungen sich als die Nation er-

klärten und auf ihren äußerlichen Friedenspakt hinweisend, dem ganzen übrigen deutschen Volke den Krieg erklärten.

Gerade weil wir wußten, wer die Regierung übernommen hatte, aber nicht einwandfrei wissen konnten, wer regiert, hatten wir ein Recht, zu wissen, was diese Regierung wollte — und nur nach dem Was konnten wir unsere Entscheidung treffen.

Warum waren 10 Fragen zu viel, wenn man über den Kurs klar war? Oder will man in den Wochen der Wahlagitatio das Nichtwissen um das Wie verdecken und vor allem fragende und zweifelnde Parteianhänger über das Bedenkliche dieses Vorwärts-Rückwärts-Bündnisses hinwegtäuschen? Ich wiederhole:

Nicht das Zentrum ist der Schuldige am Wahlkampf und seinen Folgen, sondern die Regierung, die eine Verständigung mit dem Zentrum nicht wollte, jedenfalls nicht ernsthaft gesucht hat.

Wenn schon der Beauftragte des Herrn Reichspräsidenten trotz des klaren Auftrages, mit dem Zentrum über das Mitwirken in einer Regierung nicht verhandelt hat, so haben auch Reichsminister und Reichsregierung trotz aller Gegenbeteuerungen nicht einmal eine kurze Spanne von Stunden gesucht, um den politischen Weg ohne den Waffengang der Wahl zu finden.

Unsere Wähler wissen, daß uns nicht Sehnsucht nach Ministerjesseln treibt. Wir hätten ohne personelle Beteiligung im Interesse der politischen Beruhigung den Wahlposten des politischen Beobachters bezogen, wenn uns die Regierung durch eine, wenn auch nur summarische Beantwortung unserer Fragen den Weg zum Postenstand frei gemacht hätte. Es kann weder heute noch morgen ein Zweifel darüber bestehen: Für die Deutsche Zentrumspartei gibt es aus pflichtbewusster Verantwortung und Selbstachtung niemals einen Frieden der Unterwerfung, sondern nur einen Frieden ehrlicher Verständigung und loyaler Zusammenarbeit.

Ich frage die deutsche Öffentlichkeit: Sind Elend und Not noch nicht groß genug? Droht die Verzweiflung nicht das große Gut der Volksgemeinschaft zu zerbrechen? Wir müssen uns endlich zur aufrichtigen umfassenden Sammlung zusammenfinden. Lauter als je wiederhole ich in dieser Stunde des beginnenden Kampfes meinen Ruf von Münster zur Bildung des Not- und Gemeinschaftspaktes.

Man hat den 30. Januar 1933 mit den Augusttagen des Jahres 1914 verglichen. Gewiß, gleich ist die ernste Aufgabe, Deutschland zu retten; aber welcher Unterschied: Im August 1914 siegte unter dem Wort des Staatsoberhauptes: „Ich kenne keine Parteien mehr“ der Gemeinschaftsgedanke; am 30. Januar 1933 siegte der Trennungsgedanke im deutschen Volke.

Ich habe für den Gedanken einer ehrlichen und umfassenden Sammlung nach den Wahlen vom 6. November 1932 meine ganze Kraft eingesetzt. Als er unter dem Zaudern Hitlers und dem Gegenspiel anderer Kräfte zu zerbrechen drohte, habe ich auf Wunsch des Reichspräsidenten bei den Parteiführern für die Verwirklichung weitergekämpft — damals ohne Erfolg, aber doch in der Hoffnung, daß der Tag seiner Verwirklichung in nicht zu fernem Zeit kommen müsse. Von uns ist auch weiterhin alles Verantwortungsbare geschehen, und trotzdem haben am Mittag des 30. Januar die Kräfte der Trennung noch einmal einen kurzfristigen Scheinsieg errungen.

Wir kämpfen stolzen Hauptes um unsere politischen Rechte und Freiheiten, aber ich erkläre auch zur Eröffnung dieses Kampfes feierlich:

Wir wollen nicht müde werden im Kampfe um die Einigung der Nation. Auch dieser Wahlkampf darf den Willen zur Sammlung, der trotz allem in der großen

Mehrheit des deutschen Volkes sehnsuchtsvoll schlummert, nicht verschüttet. Es hieße an der Zukunft unserer Nation verzweifeln, wenn wir diesen großen Einheitswillen aufgeben würden. Wir sehen uns ein, diesen Willen zum Siege zu bringen, um wirklich zu einem neuen August der deutschen Nation zu kommen.

Die letzten vierzehn Jahre deutscher Geschichte sind hart geschmiedet worden, auch in den letzten Tagen. Was soll das ungeschichtliche und wahrheitswidrige Pauschalurteil in dem Regierungsauftrag über alle die in dieser Zeit in beispielloser Hingabe für Deutschlands Wiederaufrichtung gearbeitet haben? Ein Trümmersfeld? Ist man sich klar, was das heißt? In diesen Zeitraum fallen auch Arbeitsjahre von deutschen nationalen Männern und Kabinetten; in ihm sind acht Jahre Hindenburg. Will man auch den Herrn Reichspräsidenten miteinbeziehen in das allgemeine Verdammungsurteil? Die Geschichte wird dieses Urteil als falsch erweisen.

Ich nehme die letzten achtzehn Jahre deutschen Ringens um Freiheit und Selbstbehauptung, um die nationale Einheit und die materielle Lebenseristenz. Es mögen politische Fehler gemacht worden sein im Kriege und in der Nachkriegszeit. Und doch — haben wir nicht aus dem Novemberdunkel des Jahres 1918, aus dem Ruhrchaos des Jahres 1923 und aus der Sturmflut der Wirtschaftskrise der letzten Jahre ein einziges Reich mit einer lebensstarken Nation herausgerettet? Der Schicksalsweg Deutschlands war dornig und wird auch für die nächste Zukunft ein Kreuzweg sein; aber dieser Weg wird nach oben führen, wenn wir nicht im Bürgerkrieg uns selbst vernichten.

Wir tragen Mitverantwortung für das Geschehen der letzten vierzehn Jahre. Heute verdunkeln Parteileidenschaft und bewußte Irreführung das wirkliche Geschehen und die Leistungen dieser schicksalsschweren Periode. Ohne die Dämme, die ein Dr. Brüning gegen die Sturmflut der Wirtschaftskrise in der äußeren und inneren Politik gebaut hat, könnten Wahl-

Kein Reichskommissar für Sachsen

Nationalsozialistische Blätter hatten am vergangenen Dienstag die Einsetzung eines Reichskommissars für Sachsen gefordert, der namentlich gegen den Minister des Innern Richter einschreiten sollte. Aus dieser Forderung und weiteren Andeutungen nationalsozialistischer Journalisten ist von anderer Seite eine Meldung verbreitet worden, die Reichsregierung erwäge die Einsetzung eines Reichskommissars für Sachsen. An dieser Meldung ist jedoch kein wahres Wort; ein solches Vorgehen würde glatt gegen die Verfassung verstoßen. Die Reichsregierung selbst bekräftigt, daß sie keinen solchen Plan habe, und damit sind die Anregungen, die ihr offenbar aus Dresden gegen die Regierung Schiedt unterbreitet worden waren, fruchtlos geblieben.

Kämpfe um die politische Machtverteilung überhaupt nicht mehr gekämpft werden. Die Nation wäre im Wirbel wilden Durcheinanders verfunken.

Die Pionierarbeit gegen drohende Erdbeben und Dammbrüche vor der reißenden Flut der Wirtschaftskrise ist noch nicht zu Ende. Jahrespläne allein genügen nicht.

Bier Jahre? Vielleicht genügen vier Monate, um zu wissen, daß dieser Vier-Jahres-Plan ein Bluff und keine Wirklichkeit ist. Wer einen Vier-Jahres-Plan in der Tasche hatte, brauchte sich nicht zurückziehen vor etlichen Fragen. Wer einen Vier-Jahres-Plan in der Tasche hat, mußte den Mut haben, die Deffektivität darüber urteilen zu lassen, wo Leistung ist und wo sie nicht ist. Wer einen Vier-Jahres-Plan als Regierung hatte, mußte sich der Volksvertretung stellen. Die Regierung hat die Gelegenheit nicht ausgenutzt. Sie hat gekniffen. Es bleibt nur eine stimmungswichtige Proklamation.

Pioniere der Arbeit zu sein, ist schwerer als Kanoniere der Agitation

— das werden auch die bald wissen, die heute regieren.

Wir stehen zur deutschen Zukunft! Wir wollen, auch wenn wir abseits der Verantwortung stehen müssen, unsere Bausteine liefern, damit eine glücklichere Zukunft werde.

Wir sind uns bewußt, daß Deutschlands Ringen um äußere Freiheit und Gleichberechtigung noch nicht zu Ende ist. Der Kampf um ein gleiches Maß der Wehrhaftigkeit und Sicherheit in einem in wirklichem Frieden geordneten Europa ist in das entscheidende Endstadium gekommen. Wir werden bei diesem Endkampf jede Regierung unterstützen, die deutsches Recht mutig, klug und zielstrebend durchkämpft.

Ehre, Freiheit und Würde Deutschlands sind Sache der ganzen Nation und nicht einer Parteiminderheit.

Im Innern wollen wir Deutschlands Rechtsordnung sichern, wie sie in den Grundgesetzen in der Verfassung festgelegt ist, aus der Überzeugung heraus, daß nur eine gesicherte Rechtsordnung die Freiheit der Bürger gewährleistet. Einseitige Parteideologien können Recht verzerren, aber niemals Recht schaffen. Die „nationale Revolution“ von Parteigruppen führt zur bolschewistischen Revolution.

Wir kämpfen für eine Rechtsordnung, die den Grundgesetzen wahrhaft christlich-konservativer Staatsführung entspricht.

Wir wollen die geordnete Kontrolle eines Parlamentes über die Staatsführung, ohne in geschwähige Unfruchtbarkeit und demagogische Verantwortungsjahre zu verfallen. Die Unterjochung der Ostslawen

und viele andere Vorgänge aus der Zeit der „autoritären Staatsführung“ sind für uns ein Beweis für die Richtigkeit des Satzes: Das schlechteste Parlament ist besser als die Kliquenwirtschaft in Vorzimmern. (La plus mauvaise chambre est meilleure que la meilleure antichambre.) Aus den Vorzimmern wollen wir herausheben die unverantwortlichen Kräfte, die eine gerechte Ordnung des Gesellschaftslebens nicht wollen, ohne die eine alle Volkskreise umspannende nationale Einheit nicht möglich ist.

Die Schäden der Wirtschaftskrise zu überwinden, das Uebel der Arbeitslosigkeit zu bannen, bleibt die zentrale deutsche Aufgabe. Wir hoffen, daß wir allmählich den Zeitpunkt erreicht haben, wo ein Aufstieg möglich ist.

Wir sehen die Not des deutschen Bauernums. Rasche Maßnahmen umfassender Art sind notwendig, um ein Versinken vor allem der Veredelungswirtschaft aufzuhalten. Die Deutsche Zentrumspartei erblickt in einem gesunden Bauernstande eine der sichersten Stützen für die staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung. Deshalb hat ihre Sorge stets der Erhaltung einer lebens- und leistungsfähigen Landwirtschaft gegolten. Sie erkennt die Forderung der Landwirtschaft auf einen gerechten Lohn für ihre harte und mühevollen Arbeit an und ist bestrebt, sie mit allen geeigneten Mitteln zu verwirklichen.

Wir sehen einen schwer ringenden Mittelstand in Handwerk, Gewerbe und Handel und sind überzeugt, daß durchgreifende Maßnahmen zur Verstärkung eines selbständigen Mittelstandes notwendig sind, die uns aus der überpannten Trustwirtschaft und Konzernbildung wieder zu der persönlichen Verantwortung des Unternehmers, des Handwerkers und ehrbaren Kaufmanns führt.

Was ich in Münster gesagt habe, gilt auch heute: Ein Blick auf die Millionen, die feiernd auf dem Friedhof der deutschen Wirtschaft stehen, auf die ungezählten Arbeiter, Angestellten, auf die verarmten Sparer und Kleinrentner, ein Blick auf die in ihrer Lebenshaltung und ihren Aufstiegsmöglichkeiten geschädigte Beamtenklasse, auf die Angehörigen der geistigen Berufe und die Akademiker, die aus einer schweren Gegenwart einer bestemmend ungewissen Zukunft entgegensehen und die als Träger deutschen Geisteslebens einen wesentlichen Teil des nationalen Kulturgutes darstellen — ein Blick auf diese Massen, die alle hoffend und fordernd auf die Stellen schauen, von denen die Gestaltung deutschen Schicksals abhängt, — ein Blick auf dieses immer noch nicht wesentlich mindernde Heer der Not, dem Zwietracht und Hege kein Brot schafft, sondern die Bitternis des Darbens nur noch mehr vergällt, sollte genügen, um jeden, aber auch jeden begreifen zu lassen, daß die gigantische Aufgabe der Wiedererweckung der deutschen Wirtschaft zum Leben niemals dem blinden und zerstörerischen „Gegeneinander“, sondern nur dem bewußten und schöpferischen „Miteinander“ gelingen wird.

Wir wollen ein gesundes Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft. Wir lehnen es ab, daß der Staat die Wirtschaft sich selbst überläßt und dadurch anonymen Wirtschaftsmächten ausliefert. Ebenso lehnen wir es ab, daß der Staat in der Wirtschaft aufgeht, wie das der Sozialismus will, oder umgekehrt: der

Staat die Wirtschaft auffaßt, wie das im Bolschewismus und anderen „totalitären“ Staatsformen der Fall ist. Der Gesellschaft, und deshalb auch der Wirtschaftsgesellschaft, muß ihr Eigenleben bleiben. Wir rufen deshalb die Eigenkräfte in der Wirtschaft zur Selbstverwaltung der gemeinsamen für das Gesamtwohl wichtigen Aufgaben in echten und unverfälschten berufständischen Formen auf, in Verantwortung vor dem eigenen Berufsstand und dem ganzen Volk.

Neben dieser berufständischen Ordnung der Wirtschaftsgesellschaft, die allen Gliedern der Wirtschaft ihren gesellschaftlichen Standort gibt, ist vorrangigste Aufgabe eine wirksame Entproletarisierung der breiten Schichten des besitzlosen Volkes, mag es sich um Arbeitnehmer handeln oder um die breite mit bauern- und mittelständischen Schichten des verarmten Bauernstandes und Mittelstandes. Sie alle müssen wieder zu Existenzsicherheit und durch Steigerung ihres Real Einkommens zu Eigentumsbildung und dadurch zu Vermögen gelangen können. Deshalb wollen wir eine gesunde Eigentumsordnung, in der wir einen Grundpfeiler volkswirtschaftlichen Lebens sehen, eine breite Schicht von Eigentümern und keine ungeheure Zusammenballung von Eigentum in wenigen Händen. Die Familie muß wieder ihren Ehrenplatz im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben bekommen; er gehört ihr als der Keimzelle des Volkes.

Wir wollen eine christliche und nationale Kulturpolitik, die ihren wahren Sinn nicht verengt und nicht verfälscht. Für uns beschränkt sich die Kulturpolitik nicht auf das äußerliche Entgegenkommen gegenüber den religiösen Bekenntnissen und auf die körperliche Erhellung der Jugend. Sie beansprucht vielmehr eine Rückbesinnung auf alle natürlichen gottgewollten Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens und eine tief innerliche religiöse Durchdringung aller Lebensgebiete. So wird gesundes und geordnetes Volk; so wird auch ein mannhaft Volk, und ein mannhaft Volk wird auch ein wehrhaft Volk sein; wehrhaft in der Erhaltung seiner Kulturgüter, bereit zum Frieden und entschlossen zur Verteidigung der Nation.

Das ist der Weg des Zentrums in der dunklen Gegenwart. Diese Ideen werden sich durchsetzen, weil sie die Ordnung der Gemeinschaft sichern. Mit diesen Ideen, mit den alten Fahnen gehen wir in den Kampf der nächsten Wochen.

Wir kämpfen diesen Kampf als freie politische Bewegung unabhängig von November- und Januar-Parteien. Die Zentrumspartei hat in ihrer Haltung gegenüber der neuen Reichsregierung nicht „für links optiert“, nicht für den Sozialismus. Für Sozialismus wird nie Platz sein im Zentrum, aber das Zentrum wird nie aufhören, den Kampf zu führen für soziale Gerechtigkeit.

Das Lebensprinzip der Deutschen Zentrumspartei ist das Prinzip der aufbauenden Mitte, die abweicht alle, die hören und zerstören, und in sich und um sich sammelt alle, die Staat und Nation zusammenfügen wollen.

Wir wollen nicht die Macht der rechten und nicht die Macht der linken Parteigruppen, wir wollen nur eins: ein mächtiges Deutschland!

Einnütigkeit in der Aussprache

In der von größtem Ernste getragenen Aussprache, die sich auf einem sehr hohem Niveau bewegte, wurde mit größter Befriedigung allerseits festgestellt, daß die Führung der Partei wie der Reichstagsfraktion sich in diesen schwersten Entscheidungen nur von staatspolitischen und sachlichen Motiven leiten ließ.

Von den verschiedensten Seiten wurde mit Bitternis darauf hingewiesen, daß die Regierung sich nicht gescheut hat, auch den Reichspräsidenten, der doch in den letzten 14 Jahren seit 1925 an der Spitze des Reiches gestanden hat, in dem Aufruf ebenfalls anzugreifen und zwar so, wie man es von einer autoritär sein wollenden Regierung nicht hätte erwarten dürfen. — Vollste Zustimmung fanden die Fragen der Reichsparteileitung, die an die Reichsregierung gerichtet worden sind und in denen Aufschluß verlangt worden war über das, was die Regierung will, über ihren Kurs, über ihre verfassungsmäßige Einstellung, über ihr sachliches Programm. Wenn die Regierung auswich, dann wohl nur deshalb, weil sie kein Programm hat, weil sie auch nicht wagen darf, klare Fragen ebenso klar zu beantworten, denn sie suchte ja unter einem frischen Eindruck einer vermeintlichen Siegestimmung von vornherein Neuwahlen.

Eine ganz besondere Genugtuung empfand man darüber, daß es die Parteileitung bis zu den letzten Konsequenzen hin verstand, eine

vollständige Unabhängigkeit des Zentrums nach allen Seiten

zu bewahren. Denn gerade heute in diesem gigantischen Endkampf ist wohl nichts notwendiger, als unser geistiges Ich rein zu halten von jeder Beeinflussung und von jedem Beimischungsdruck, ganz gleich, von welcher Seite er ausgeht werden sollte. Wir brauchen für uns nur die eigene innere Einheit und Geschlossenheit, das treue und feste Festhalten an den unverrückbaren Zielen und Grundgesetzen unserer Partei.

Für diesen Gedanken sprachen sich alle Vertreter der einzelnen Berufsstände aus, die mit starker Begeisterung sich für die Weiterführung des Sammlungsgebührens einsetzten, weil nur durch die Volkseinheit und Volksgeschlossenheit überhaupt noch eine Rettung aus dieser Verirrung und Verwirrung unserer Tage möglich sein wird.

Was für die einzelnen Berufsstände unbedingt und zwar sofort zu geschehen hat, wird von der Zentrumspartei

in bestimmte Programme zusammengefaßt

und der Öffentlichkeit übergeben. Es werden Wege vorgeschlagen, die bei gutem Willen und Sachvermögen gangbar sind und die schnellste Hilfe gewährleisten. Aber alle diese Programme müssen sich freihalten und werden sich freihalten von interessanten oder parteipolitischen Einflüssen und einem großen allgemeinen Ziel wieder untergeordnet sein, nämlich der Rettung des Volksganzen, dem Aufbau und der allgemeinen Sanierung.

Der Parteichef, Professor Dr. Kaas, faßte die Ergebnisse der Aussprache abschließend zusammen.

Gegen wen führen wir vom Zentrum nun den Kampf?

Gegen alle, welche die nationale Sammlung bewußt hintertreiben haben, noch mehr aber gegen den Geist, aus dem dieser Kampf gegen die Volkseinigung und die Volksgeschlossenheit entstanden ist.

Wir führen den Kampf gegen jede konfessionelle Zerpaltung und Zerklüftung, gegen die Verpreuung Deutschlands, weil wir keinen deutschen Volkstamm ausgenommen sehen wollen, wenn es gilt, ein großes einiges, freies Deutschland zu schaffen. Dieser Kampf ist der schwerste und der entscheidendste seit langen Jahren. Wir dürfen in ihm nie vergessen, welchen positiven Zielen wir nachher die Ergebnisse dieses Kampfes dienstbar machen wollen.

Das Zentrum wird den Wahlkampf stets so führen, wie es seiner Tradition und seinem Weltanschauungsprogramm würdig ist, würdig auch der großen Sache, der er von uns dienstbar gemacht werden soll. Wir werden für einen Sieg kämpfen, der uns hilft, durch ihn dann jenes nationale Hochziel zu erreichen, das uns bis jetzt andere gerschlagen haben.

Mit Gott aufwärts und vorwärts für ein freies, einiges und gerechtes Deutschland!

Mit einer spontanen Treue und Vertrauenskundgebung für die Partei und ihre Führung schloß diese erhebend verlaufene Tagung.

Sächsischer Fußball

Hoher Sieg des DSC. über Hertha

Die Verbandsspiele vom Sonntag - VfB. wird Abteilungsmeister in der 1b-Klasse Spielb. - SV. Riefa wegen des Regens ausgefallen

In Ostschlesien befanden sich die meisten Spielplätze trotz der ausgeübten Regenfälle am Sonntag wieder in leidlicher Verfassung, so daß fast sämtliche angelegten Spiele durchgeführt werden konnten.

Kaisersport gegen Sportgesellschaft 1893 2:0 (1:1).

Ein verdienter Sieg der Kaisersport, die sich viel besser zurechtfinden, als die Sportgesellschaft, deren Stürmer besonders ausfielen.

Guts Muts gegen Brandenburg 1:1 (0:1).

Guts Muts war die bessere Partei und gab weit mehr den Ton an. Das Spiel war teilweise unnötig hart.

Ring-Greifling gegen FC. Warnsdorf 3:2 (0:2).

Die deutschböhmisches Gäste zeigten recht gute Leistungen und ließen nach verteiltem Spiel nur einen ganz knappen Sieg der Dresdner zu.

teilen, von denen zwei in der 24. Minute durch den Halblinien-Molnar und in der 44. Minute durch den Mittelstürmer Schiebel auch zu Erfolgen führten.

Die Spiele in der 1b-Klasse.

In der 1. Abteilung sicherte sich der VfB. 03 Dresden durch ein 3:0 (1:0) gegen den SC. Freiberg die Abteilungsmeisterschaft.

Dresdner Sport-Club schlägt Hertha DSC 8:2

Zum zehnten Male fanden sich am Sonntag in Berlin die Fußballmannschaften des Dresdner SC. und des DSC Hertha gegenüber.

Die Dresdner trugen einen hohen Sieg davon, der vor allem die Folge ihrer besseren körperlichen Verfassung und ihres größeren Kampfeswillens war.

Deutscher Jugendkraft

Fußball

DJK. Mitte gegen Frlschau 13:0 (6:0).

Mitte spielt sich von Spiel zu Spiel in eine ausgezeichnete Form, so daß auch diesmal der Sieg recht überraschend ausfiel.

Wintersport im Erzgebirge ausgefallen

Von dem neuerlichen Wärmeeinbruch und dem Regenwetter ist auch das Erzgebirge nicht verschont geblieben.

Ungarn schlägt Süddeutschland 12:1

Schwerer ist wohl eine deutsche Fußballmannschaft in einem internationalen Treffen nie geschlagen worden, als die süddeutsche Gelegenheitself am Sonntag vor 6000 Zuschauern in Frankfurt a. M.

Turnerspiele

Fußball. Weißer Hirsch - Tzmd. Dresden 5:5 (4:2). Frlschau - VfB. Stehlsch 4:3 (1:1).

Handball. VfB. - Tzmd. Dresden 5:5 (2:1). Kloßsche gegen VfB. Meißn 4:3 (1:1).

Ringkämpfe vom Sonnabend und Sonntag

Der heiße Kampf zwischen Barothy und Prochaska am Sonnabend endete unentschieden.

Seute, Mantana, kämpften: Prochaska-Tschechoslowakei gegen den Raumburger Opiß.

Im vorigen hat sich der bisherige Gaumeister Wacker an die Spitze der Tabelle gesetzt durch einen 2:0-Sieg über den VfB.

Die Chemnitzer Meisterschaft ist voraussichtlich zugunsten des Volkssportvereins entschieden worden; der Chemnitzer VC.

In Westschlesien konnte am Sonntag nur das Punktspiel zwischen SC. Blauw. und SC. Zwidau durchgeführt werden.

Im Festland kam der voraussichtliche Gau-Meister, Spielvereinigung Falkenstein, gegen 1. FC. Reichenbach mit 3:0 neuerlich zu einem Bombensieg.

Ostschlesischer Handball

Von den vier Punktspielen der 1. Klasse mußten zwei wegen nichtspielfähiger Plätze ausfallen.

Die Töchter des alten Bracht

Von Reontine von Winterfeld-Platen

(Nachdruck verboten)

(7. Fortsetzung)

Er sah sie betümpelt an. Und warum denn nicht? Ihre großen, dunklen Augen ruhten ernsthaft auf ihm.

„Weiß Sie solch überstudiertes Gesehrtengeflüster und solche bleiche Farbe haben. Die gar nicht nach Wald und frischer Luft aussieht. Und dann so kurzfristige Brillenaugen.“

„Das ist ja ein etwas jämmerliches Urteil, was Sie da über mich fällen. Ich muß ja einen sehr trüben Stadt-menschen-Eindruck auf Sie machen.“

„Wir wollen anders herumgehen“, sagte sie leise, — „damit sie nicht gestört werden.“

Im Obstgarten hinterm Hause, wo die uralten Apfel-Bäume standen, gingen währenddessen auch Eva-Maria und Hubert Eichen in tiefem Gespräch auf und ab.

„Wir werden uns eine Zeitlang nicht sehen, Eva-Maria. Ich soll für Vater in geschäftlichen Angelegenheiten nach England fahren.“

„Es ist nicht schön zu Hause. Es ist wie Gewitter-Stimmung überall.“

„Das habe ich selbst auch oft verspürt, und es machte einen selber froh und voll Frieden.“

„Sie legt ihm beide Hände auf die Schultern und sagt

„Du darfst so nicht sprechen, Hubert. Haben wir nicht alle unser Päcklein zu tragen — so oder so? Meinst Du, Vater hätte nicht auch seine Sorgen?“

„Eva-Maria, wer so still und abgeklärt durchs Leben gehen könnte wie dein Vater! Ich bewundere ihn. Er muß innerlich eine große Kraft besitzen, die ihn so über alles emporhebt.“

„Er hat alle seine Kraft von oben, Hubert. Das macht, daß er so gleichmäßig über den Dingen steht.“

„Ja, ihr glaubt das alle hier ja so. Und das macht euch so still und glücklich und gibt euch den Frieden, dessen Namen irgendein einstiger Vorfahr schon seinem Besitz hier gegeben.“

„Wir kennen das nicht. Bei uns Eichen ist immer ein Hasten und Jagen und Geldschmarren.“

„Eva-Maria hatte ein nachdenkliches Gesicht.“

„Das habe ich selbst auch oft verspürt, und es machte einen selber froh und voll Frieden.“

„Richtig bedrückt, fand ich heute, unter all den frohen Gesichtern.“

„Sie steht ihn besorgt an, und ihre Hände liegen auf seinem Arm.“

„Eva-Maria! Bei Gott und allen Heiligen, bleib' du bei mir! O, bleib nur du bei mir, sonst wird mein Leben dunkel ohne Stern und Licht.“

„Sie ist erschüttert. Sie weiß nicht, was er meint.“

„Er nimmt sie bei den Händen und führt sie zu der kleinen Bank, die unter dem Apfelbaum steht.“

„Sie ist blaß geworden. Und so erschrocken wie noch nie.“

„Wir gehören zusammen, Hubert, — immer, — immer. Welche Not uns auch trennen mag, — unsere Seelen sollen darüber stehen wie zwei Hügel, leuchtende Sterne. Wer will unsere Seelen trennen?“

Ehrentage des Papstes

Von unserem römischen Vertreter:

Wiederum jähren sich die Tage, und zwar zum ersten Male, an denen Pius XI. zum Papst gewählt und gekrönt wurde. Von Jahr zu Jahr hat sich während dieses Pontifikats der politische Himmel getrübt, bis jetzt eine Spannung ohnegleichen über der gesamten Welt lagert. Es darf als ein besonderes Glück gewertet werden, daß wenigstens in Italien eine gewisse Stabilität verhältnismäßig geordneter Zustände erreicht worden ist, nicht zuletzt infolge des Lateranfriedens, der ein wesentliches Verdienst des gegenwärtig regierenden Papstes ist, und dessen Zustandekommen sich gleichzeitig zum vierten Male jährt.

Der diesjährige Papstkrönungstag erhält seine besondere Note durch das vom Heiligen Vater angeordnete außerordentliche Heilige Jahr, für dessen Einsetzung ihm die gesamte katholische Welt aus tiefstem Herzen Dank sagt. Wie die Proklamierung der „Katholischen Aktion“, der Erlass der Wiedervereinigungszahlreiche, die Neupräzisierung der katholischen sozialen Forderungen im „Quadragesimo anno“ und so mancher andere bedeutsame Willensakt dieses Papstes ist dieses Heilige Jahr eine Tat zur rechten Zeit.

Schon heute zeigt es sich aus dem lebhaften Echo und den fast überaus schnell und zahlreich eingehenden Anmeldungen aus aller Welt, daß die Not der Zeit die Pilgerfahrten nach Rom nicht hemmen, sondern, wie es auch Sinn und Zweck des Jahres ist, fördern wird. In den deutschen katholischen Kreisen der Ewigen Stadt erwartet man bereits mit besonderer Freude das Eintreffen der von katholischen Zeitungen zum Auftakt des Heiligen Jahres veranstalteten Osterpilgerfahrten deutscher Katholiken. Sie können herzlichster und bester Aufnahme versichert sein. Für die deutschen Katholiken Roms sind diese Besuche aus der Heimat ganz besondere Festtage. Die herrlichen und erhebenden Pilgerfahrten in der „Anima“, dem Mittelpunkt des deutschen katholischen Lebens in Rom, sind aus dem Heiligen Jahr 1925 noch in lebhaftester Erinnerung, und auch viele reichsdeutsche Besucher werden noch dankbar daran zurückdenken.

Es ist für jeden Katholiken selbstverständlich, soll aber doch einmal besonders betont werden, daß das Pilgerjahr ausschließlich aus religiösen, seelsorglichen Gründen verordnet wurde. Wer die ganz aufs Geistige, auf das Zentrale der Kirche und des Glaubens gerichtete Bitte Pius XI. kennt, weiß, daß es ihm heiligster Ernst mit der Einsetzung dieses Jahres zur demütigen und dankbaren Ausschöpfung der Gnaden aus der Erlösungstat vor neunzehnhundert Jahren im Geiste der Buße und opferbereiter Hingabe ist. Die ironischen Bemerkungen einer gewissen liberalen Presse, als handle es sich bei der Verkündigung des Heiligen Jahres auch oder sogar in erster Linie um eine geschäftstüchtige Propaganda mit dem Zwecke, im Interesse Italiens und der Kirche, Besucher ins Land zu ziehen, ist nicht nur eine — wohl gewollte — Verhöhnung der Absichten des Papstes, sondern für ihn direkt eine tiefe Kränkung. Die Gläubigen werden die gebührende Antwort durch ein vertieftes Interesse für alle Ereignisse dieses Gnadenjahres und durch umso regere Teilnahme im Ausmaß des Möglichen geben.

Nicht minder unterkennt man die Meinung des Heiligen Vaters, wenn man der Ansicht ist, daß das Heilige Jahr 1933—34 ein solches minderen Grades sei. Auch das hat man vereinzelt gehört. Inzwischen haben die Ergänzungsbullen, die die Ablässe regeln, und die Ankündigung der Öffnung der Heiligen Pforte zu erkennen gegeben, mit welcher Tragweite und Feierlichkeit der Heilige Vater das Jahr auszustatten gedenkt.

Es ist erst der Anfang; der Fortgang der Geschichte wird erweisen, daß es sich in der Tat um ein einzigartiges Ereignis handelt, dessen segensvolle Spuren in der Geschichte nicht ausbleiben werden.

Die Ehrentage Pius XI. in der ersten Hälfte des Februar mögen in diesem Jahre in erster Linie dazu dienen, daß die Gläubigen sich in Gedanken einstellen auf die Ereignisse des kommenden Heiligen Jahres. Man

ehrt den Papst — diesen wahren Papst der Vorsehung — am besten dadurch, daß man auf die Stimme und den Ruf des Vaters der Christenheit hört und seinen heilsamen Anordnungen zum Besten der Seelen und der Völker folgt. Diese aktive Mitwirkung am Werk des Papstes ist die schönste und für beide Teile wertvollste Papstfeier.

Mit Verehrung schaut auch die nichtkatholische Christenheit weithin auf Pius XI., dessen Einzigartigkeit und weltgeschichtliche Sendung viele in ihr begreifen oder doch ahnen. Wenn 1933—34 auch viele von diesen Christen sich in Tod und Auferstehung des Heilandes verfenken, so wird gerade das auch für den Papst, dessen Liebe alle umspannt, eine Quelle reinster Freude und verheißungsvoller Hoffnung sein.

Sächsisches

Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten.

Dresden, 6. Februar. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Das Reich hat weitere Reichszuschüsse für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen bereit gestellt. Der Anteil für Instandsetzungsarbeiten ist auf die Hälfte herabgesetzt, dagegen ist der auf Wohnungsteilung und Umbauten entfallende Betrag wesentlich erhöht worden. Für die Bewilligung von Instandsetzungszuschüssen sind nach wie vor die Zuweisungstellen (Stadträte, Amtshauptmannschaften) zuständig, für die Gewährung von Zuschüssen bei Wohnungsteilungen und Umbauten die Stadträte der bezirksfreien Städte, für die sonstigen Städte das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, im Uebrigen die Amtshauptmannschaften. — Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß der Mindestbetrag der zuschussfähigen Instandsetzungsarbeiten von 250 auf 100 Mh. gesenkt wurde. Auch ist der Zeitpunkt der Beendigung der Arbeiten auf 1. Juli 1933 vorverlegt worden. In erster Linie werden die Anträge berücksichtigt, bei denen sofort mit den Arbeiten begonnen wird. Die Durchführungsverordnung wird durch das Verwaltungsblatt bekannt gegeben. Die bisherigen Bestimmungen gelten mit zwei geringen Abweichungen auch für die neuen Reichszuschüsse.

Nur noch 330 000 RM. Abzüge.

Den Bemühungen des sächsischen Innenministeriums ist es erfreulicherweise gelungen, beim Reichsfinanzminister durchzusetzen, daß er ab Januar 1933 bei den Reichssteuerüberweisungen nur noch monatlich 330 000 statt bisher 500 000 RM. zur Abdeckung der rückständigen Krisenfürsorgeleistungen der sächsischen Bezirksfürsorgeverbände einbehalten wird. Die Abdeckung der Rückstände wird zu Ende dieses Rechnungsjahres voll durchgeführt sein.

Jahrestagung des Sächsischen Verkehrsverbands.

Der Sächsische Verkehrsverband Dresden-Weipzig hält seine diesjährige Hauptversammlung am 25. und 26. Februar in Aue ab. Am ersten Tag halten der Gesamtverband und der geschäftsführende Vorstand eine Sitzung ab, während die Hauptversammlung für Sonntag, 26. Februar vorgesehen ist. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Punkten: Die Beratung über Werbemaßnahmen für diesen Sommer, die Wahl des Ortes des diesjährigen Verkehrstages und der nächstjährigen Hauptversammlung sowie Lichtbildervorträge und die Durchführung eines Verkehrsfilms. Im Versammlungsraum wird eine Ausstellung von Gemälden, Zeichnungen und Holzschneidereien heimischer Künstler veranstaltet werden.

Erfreuliche Steuerhunde!

Wie wir hören, hat das sächsische Finanzministerium dieser Tage einen Erlass herausgegeben, wonach die Veranlagung der Gewerbesteuer fürs Rechnungsjahr 1933 aller Voraussicht nach nochmals nach den bisher gültigen Vorschriften des sächsischen Gewerbesteuergesetzes von 1926 vorgenommen werden wird. — Die Reichsrahmenregelung, die eigentlich schon fürs Rechnungsjahr 1932/33 in Kraft treten sollte und die eine bedeutende Erhöhung der Gewerbesteuer für Sachsen mit sich gebracht hätte, wird also erfreulicherweise noch nicht durchgeführt werden.

Erleichterung für Sparkassen-Darlehen.

Laut § 3 der Sparkassenverordnung vom 5. August 1931 ist es den Spar- und Girokassen bis auf weiteres unterlagt, Anleihen, Darlehen und Kassenkredite an Gemeinden usw. mittelbar oder unmittelbar zu gewähren. Diese Verordnung hat störend eingegriffen in die Anleiheverhandlungen, die vor Erlass der Verordnung eingeleitet und abgeschlossen waren. Nach preußischem Vorbild hat jetzt die sächsische Regierung genehmigt, daß alle vor Erlass jener Verordnung eingeleiteten und abgeschlossenen Anleiheverhandlungen endgültig durchgeführt werden können.

Was der B. S. J. erwartet.

Das Organ des Verbands Sächsischer Industrieller spricht gegenüber der neuen Regierung folgende Erwartung aus:

„Stetige und entschlossene Politik im Innern und nach außen, keine parteipolitischen Experimentierkünste an der Wirtschaft, zielklare und zielbewusste Wirtschaftspolitik mit überzeugendem Bekenntnis zur freien Wirtschaft, kräftige Entfaltung der privatwirtschaftlichen Initiative, keine Staatseingriffe in die Privatwirtschaft. Wiederherstellung der Selbstverantwortlichkeit der freien Unternehmerpersönlichkeit.“

Die sächsische Industrie erwartet im besondern verständnisvolle und nachhaltige Unterstützung in ihrer überaus schwierigen Lage als eines dichtbesiedelten Grenzlandes wichtigster Wirtschaftsfaktor, der neben einem starken Binnenmarktausschlaggebend auf Export angewiesen ist. — In dieser und mancher sonstigen Frage wird die sächsische Industrie von Hugenberg nicht allzuviel erwarten dürfen.

Ausbau der Automobilstraße Prag—Dresden.

Dresden. Nach einer hiesigen Blättermeldung wurden kürzlich mit den zuständigen tschechischen Stellen Verhandlungen über den Ausbau der Automobilstraße Prag—Dresden aufgenommen. Die Besprechungen sind bereits soweit gediehen, daß das tschechische Arbeitsministerium 75 Prozent der gesamten Baukosten tragen wird, während der Rest von der Stadtgemeinde Tepitz auszubringen ist. Die Bauarbeiten werden sich hauptsächlich auf das Straßenstück Tepitz—Schönbau—Zinnwald erstrecken.

18 jähriger kath. Jüngling sucht

gute konstl. Familie, (wenn möglich soll Radio und Klavier vorhanden sein) die ihn gegen Entgelt **aufnimmt** und wie einen Angehörigen behandelt, (Stadtteil wenn möglich Dresden-A. 1, Rampische Straße). Angebote wollen sofort an die Geschäftsstelle des Blattes unter Nr. 1750 gerichtet werden.

GÖRLITZER Lebensmittel Feinkost, Wein Spirituosen Tabakerzeugnisse Kohlen

An Jahresrückblick **6%** Rückgewähr

GÖRLITZER

Bestecke und Tafelgerätk

Grundig

früher Röhrlitzgasse, jetzt Hauptstr. 25

Ehe Katholische anheftung, erfolgreich seit 13 Jahren Einheiraten Mit kirchlicher Güterbildung

Neuland-Bund 9 Leipzig C. I. Schleißl. 241

Febr. 1933

H. Starke & Sohn

Freiberger Straße 32

Bereitete die Sächsische Volkszeitung!

Ballblumen nur von **HESSE** Dresden, Schöffelstr. 12, p. I—IV **weil aller größte Auswahl**

Kohlen - Koks Briketts

Jöbel-Freier Dresden N. 32 **Alaunstr. 32** Fabrikgeb. liefert alle Möbel **billiger** weil kein Laden.

Dankfagung Verdaunungsbeschwerden

Habe bereits 6 Schachteln von Ihrem Indischen Kräuter-Pulver verbraucht und teile Ihnen gern mit, daß ich mich nach dem Gebrauch Ihres vorzüglichen Pulvers recht wohl fühle. Litt an Verdaunungsbeschwerden, hatte zuvor verschiedene Tees angewendet, erreichte damit nicht den ermunterten Erfolg. So schreibt Otto Wöhme, Dresden, Herberstr. 16, am 26. Dezember. Hilbert's Indisches Kräuter-Pulver besteht aus 19 verschiedenen, meist indischen Kräutern. Absolut unschädlich. Es hat sich schon tausendfach bewährt bei: Adernverkalkung, Herzbeschwerden, Asthma, Hämorrhoiden, Leber- und Gallenbeschwerden, Verdauungsstörungen, rheumatischen Kopf- und Rückenschmerzen, Bluterregung, Hautausschlag, Gicht, Rheuma, Stoffwechselerkrankungen. Schachtel 3.—M., reicht 15 Tage, das sind pro Tag nur 20 Pf. Kl. Schachtel 1.50 M., reicht 7 Tage. Vorräte in fast allen Apotheken. Verlangen Sie in Ihrer Apotheke: Hilbert's Indisches Kräuter-Pulver mit den 2 Männerköpfen! Falls nicht erhältlich, bestimmt Engel-Apotheke, Leipzig, Markt 12.

Handelsschule von Anna Huhle & Anna Wackzynska

Lüttichaustraße 3, II. Fernruf 16117

Handelskurse für junge Mädchen u. Sonderabteilungen für Damen mit höherer Vorbildung

Beginn des neuen Schuljahres: Anfang April 1933. Auskunft und Anmeldung: Lüttichaustraße 3, II. Der Besuch dieser Handelsschule befreit von dem der öffentlichen Berufsschule.

Die ne für sich buch naten der Ze ten der Zeit sind. Frühe aus — heut volver an E Viellei neue Welle „Rotmord“ in der Doff Wehrzah einer Täter. W mit Angehö — wie bei Schuldfrage Ueberfälle den ein nat ober der F hehrsolat wird die R Wir v Nord aus p der ganzen schritten wi schieb d wirklich sch legentheit z über ihren ten zu lasse

Bürgerme

Der Er der als Joy Magdeburg abendend

Nach ei war es am bel denen ei Kaffen lieh im Rathaus wollte, trat schloß ihn mi nieder. Raff Stunden fei genommen. sion stellen noch weiter

Der Gr gehören, ab meister Raff der Tat geb ab. Um So niffen zu d Um Zugang wurden die

Anläßl

Chemisch er löße zwisch sozialisten. G tere wurden Nationalsoj

Das B Am Se der Eisernen nach der es am Theater sammenfüß In der Sch den schon v zahlreiche J tischer Begn gebung auf waren, fast schen Teilne Plages steh eine größer teien, bei d ein Reichsb Polizei griff wiederholt, und an eine zu räumen zubringen. dann noch e schen Anhär wickelt.

Bel der durch Stich- sionen schwe Lebensgefä sionen konnt dem Kranke lichteit, daß Namen aber ten gehören geblich tein stieß auf de eingelagert aur Schuß

Blutiger Beginn des Wahlkampfes

Gewalttaten bei Zusammenstößen — Heimtückliche Ueberfälle

Traurige Blutbilanz

Die neue „nationale“ Regierung kann als „Erfolg“ für sich buchen, daß die Blutlata, die in den ersten Monaten der Regierung Papen an jedem Montag die Spalten der Zeitungen füllten, wieder in Uebung gekommen sind. Früher ging man am Sonntag mit dem Gebetbuch aus — heute scheint für viele unserer Mitbürger der Revolver an Stelle des Gebetbuches getreten zu sein.

Vielleicht wird die Regierung versuchen, auch diese neue Welle politischer Blutlata auf das Schuldhonto von „Mordmord“ zu setzen. Ob aber eine solche Behauptung in der Oeffentlichkeit Glauben finden wird? In der Mehrzahl der Fälle sind doch Angehörige einer Regierungspartei, der NSDAP, die Täter. Man mag in allen Fällen, wo Schimpfgefechte mit Angehörigen anderer Parteien vorhergegangen sind — wie bei den Zusammenstößen in Chemnitz — die Schuldfrage zunächst offen lassen. Aber heimtückische Ueberfälle wie der Mord des Stahlfurter Bürgermeisters, den ein nationalsozialistischer Gymnasiast ausgeführt hat, oder der Feuer-Überfall auf das kommunistische Verkehrslokal in Schöneberg — diese Fälle zu entschuldigen, wird die Regierungspresse sich vergeblich bemühen.

Wir verurteilen jeden Mord, und doppelt jeden Mord aus politischen Motiven. Wir verlangen, daß mit der ganzen Schärfe des Gesetzes gegen die Täter eingeschritten wird. Aber das muß geschehen ohne Unterschied der Person. Die Regierung Hitler hat wirklich schon nach diesem einen Sonntag reichlich Gelegenheit zu zeigen, daß sie entschlossen ist, auch gegenüber ihren eigenen Anhängern strenge Gerechtigkeit walten zu lassen.

Verhehle Jugend

Bürgermeister von Stahlfurt von 17jährigem Gymnasiasten erschossen

Der Erste Bürgermeister der Stadt Stahlfurt, K a s t e n, der als sozialdemokratischer Abgeordneter den Wahlkreis Magdeburg im Preussischen Landtag vertritt, wurde Sonnabendabend von einem 17jährigen Gymnasiasten erschossen.

Nach einem Anzug der NSDAP und des Stahlhelm war es am Sonntag zu politischen Reibereien gekommen, bei denen ein Arbeiterkassierer verletzt wurde. Bürgermeister Kasten ließ darauf eine Person verhaften und vernahm diese im Rathaus. Als er sich dann in seine Wohnung begeben wollte, trat ihm ein 17jähriger Gymnasiast entgegen und schob ihm mit den Worten: „Mann, jetzt heißt es abrechnen!“ nieder. Kasten wurde sofort operiert, erlag aber nach einigen Stunden schwerer Verletzung. Der Schüler wurde festgenommen. Die Polizei und die Magdeburger Nordkommission stellen gegenwärtig Untersuchungen an, ob an der Tat noch weitere Personen beteiligt sind.

Der Gymnasiast soll keiner politischen Organisation angehören, aber in SA-Reifen verkehrt haben. Oberbürgermeister Kasten konnte kurz vor seinem Tod eine Darstellung der Tat geben. Der Täter legte bisher noch kein Geständnis ab. Am Sonntag verließen Reichsbannerleute und Kommunisten zu demonstrieren, was aber die Polizei verhinderte. Am Zugang von auswärtigen Demonstranten abzurufen, wurden die Straßen nach Stahlfurt gesperrt.

Tote in Chemnitz und Breslau

Unfähig einer Kundgebung der Eisernen Front in Chemnitz ereigneten sich am Sonntagabend Zusammenstöße zwischen Mitgliedern des Reichsbanners und Nationalsozialisten. Ein Reichsbannermann wurde getötet, zwei weitere wurden schwer verletzt. Mehrere Reichsbannerleute und Nationalsozialisten erlitten leichtere Verletzungen.

Das Polizeipräsidium Chemnitz teilt mit: Am Sonntagabend fand eine größere Kundgebung der Eisernen Front auf dem Theaterplatz statt, während und nach der es an verschiedenen Stellen der Stadt, insbesondere am Theaterplatz und vor dem „Hansahaus“, zu mehreren Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern gekommen ist. In der Schillerstraße oberhalb des genannten Platzes standen schon vor Beginn der Kundgebung der Eisernen Front zahlreiche Zuschauer, unter denen sich ein großer Teil politischer Gegner befand. Während die Teilnehmer an der Kundgebung auf dem Theaterplatz noch im Aufmarsch begriffen waren, kam es zu wiederholten heftigen Zusammenstößen zwischen Teilnehmern der Eisernen Front und den oberhalb des Platzes stehenden politischen Gegnern. Bisher entwickelte sich eine größere Schlägerei zwischen Angehörigen beider Parteien, bei der mehrere Personen verletzt wurden, darunter ein Reichsbannermann durch einen Rippenstich tödlich. Die Polizei griff sofort ein und war gezwungen, die Schillerstraße wiederholt, teilweise unter Anwendung des Gummiknüppels und an einer Stelle sogar mit ausgeplantem Seitengewehr, zu räumen und die Menschenmenge in die Seitenstraßen abzurängen. Nach Beendigung der Kundgebung haben sich dann noch an mehreren Stellen der Stadt Schlägereien zwischen Anhängern der Eisernen Front und der NSDAP entwickelt.

Bei den Zusammenstößen sind insgesamt 12 Personen durch Stich- und Schlagwaffen verletzt worden, davon 5 Personen schwer, die in die Krankenhäuser eingeliefert wurden. Lebensgefahr besteht bei keinem der Verletzten. Zwei Personen konnten nach Anlegung von Verbänden wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Es besteht aber die Möglichkeit, daß noch mehr Personen verletzt wurden, deren Namen aber der Polizei nicht bekannt sind. Von den Verletzten gehören 5 der Eisernen Front, 6 der NSDAP und 1 angeblich keiner politischen Partei an. Bei einem Zusammenstoß auf dem Wallenplatz wurde auf zwei Polizeibeamte eingeschlagen. Sie waren in ihrer Bedrängnis gezwungen, zur Schutzwache zu reifen, aber ohne davon Gebrauch

machen zu müssen. In den späten Nachmittagstunden trat im Stadtgebiet wieder völlige Ruhe ein.

In Breslau ereigneten sich nach einer Demonstration der Eisernen Front schwere Zwischenfälle, die ein Todesopfer und mehrere Verletzte forderten. Ein Student, der das Abzeichen der Eisernen Front trug, wurde durch Stiche so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Unter dem Verdacht der Täterschaft sind zwei Personen festgenommen worden. Auch bei anderen Zusammenstößen nahm die Polizei mehrere Verhaftungen vor.

Bier Schwerverletzte in Köln

Köln, 6. Februar. In der Altstadt kam es in der vergangenen Nacht zwischen 2 und 3 Uhr zu einer Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der vier Personen verletzt wurden, unter ihnen zwei Männer durch Bauch- und Brustschüsse und eine Frau durch einen Rückenstichschuß so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Nazis überfallen kommunistisches Verkehrslokal

Berlin, 6. Februar. (E. M.) Die Wirtin des kommunistischen Verkehrslokals „Pappschachtel“ in der Rubensstraße in Schöneberg, Anna Röde, die gestern bei einem

nationalsozialistischen Ueberfall auf das Lokal durch einen Bauchschuß schwer verletzt wurde, ist noch im Laufe der Nacht im Auguste Viktoria Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

SA-Führer erschossen

Sonntagabend gegen 0,15 Uhr wurde in der Dietrich-Becking-Straße in B o c h u m - G e r t h e der SA-Führer Paul Pahlmann durch fünf Pistolenschüsse getötet. Pahlmann befand sich ohne Begleitung auf dem Heimweg. Pöhllich wurde er von mehreren Kommunisten gestellt. Es fielen mehrere Schüsse und Schwerverletzte brach Pahlmann zusammen. Kurze Zeit später ist er dann seinen Verletzungen erlegen. Als Täter kommen vier bis fünf Kommunisten in Frage, die sich nach der Tat in Richtung nach Hiltrop entzogen. Im Laufe der sofort aufgenommenen Ermittlungen wurden insgesamt 31 Kommunisten festgenommen.

Kommunistische Zerlegungszentrale ausgehoben

Die Hagener Politische Polizei hob eine von der Kommunistischen Partei unterhaltene geheime Bervielfältigungs- und Verbreitungszentrale für illegale Zerlegungsschriften hochverräterischen Inhalts aus, die seit langem eine wohlorganisierte umfängerische Propaganda in ganz Süddeutschland betrieb. Der Politischen Polizei ist wichtiges Schriftmaterial in großem Umfang in die Hände gefallen. Die Räubersführer wurden festgenommen.

Die neuen Wahlvorschläge

Die Parteien auf der Reichsliste

Wagemann Reichswahlleiter

Berlin, 6. Februar. Der Reichsminister des Innern hat die Nummernfolge der einzelnen Parteien zur bevorstehenden Reichstagswahl auf der Reichsliste wie folgt festgesetzt: 1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, 2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 3. Kommunistische Partei Deutschlands, 4. Deutsche Zentrumspartei, 5. Deutschnationale Volkspartei, 6. Bayerische Volkspartei, 7. Deutsche Volkspartei, 8. Christlich-Sozialer Volksdienst, 9. Deutsche Staatspartei, 10. Deutsche Bauernpartei, 11. Landbund (Württembergischer Weingärtnerbund), 12. Deutsch-Hannoversche Partei, 13. Thüringischer Landbund, 14. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).

Der Festsetzung dieser Nummernfolge war eine Aussprache der Parteiführer im Reichsinnenministerium vorausgegangen. Auf Listenverbindungen in den einzelnen Wahlkreisen brauchte man bei Aufstellung der Nummernfolge auf der Reichsliste keine Rücksicht zu nehmen. Die Parteien haben vielmehr bis zum 16. Februar Zeit, solche Listenverbindungen in den einzelnen Wahlkreisen einzugehen. Es sind entschiedene Bestrebungen auf Li-

stendenverbindungen kleinerer Parteien im Gange, die das Ziel verfolgen, alle für diese Parteien abgegebenen Stimmen zu verwerten.

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Geh. Regierungsrat Professor Dr. W a g e m a n n, ernannt.

Schäffer bei Papen

Berlin, 6. Februar.

Der Vizeminister empfing am Sonntag den bayerischen Staatsrat Schäffer, der ihm zugleich ein Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten übermittelte. Im Verlaufe der Aussprache betonte der Vizeminister, daß sein wiederholt abgelegtes Bekenntnis zu der föderalistischen Grundlage des Reiches unter Wahrung des Eigenrechts der Länder gerade den bayerischen Herren bekannt sei. In dieser seiner Auffassung sei kein Wandel eingetreten und ihm sei nichts bekannt, daß irgendein Anlaß vorläge, der die Beschränkungen der bayerischen Staatsregierung gegenüber der neu ernannten Reichsregierung rechtfertigen könnte.

Um den wirtschaftspolitischen Kurs

Zimmer wieder ist in den vergangenen Monaten aus Unternehmertreibern die Warnung ausgesprochen worden: „Läßt die Wirtschaft endlich in Ruhe.“ Ganz im Gegensatz zu dieser verständlichen Warnung ist in den letzten Wochen erneut wieder eine Unruhe und Unsicherheit in den Wirtschaftskreisen hervorgerufen worden, die kaum noch zu übertreffen ist. War schon die Ministerialtätigkeit jener Kreise, die den Sturz des Kabinetts Schäffer herbeiführten, der Wiederherstellung ruhiger und stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse sehr abträglich, wie sich deutlich aus der Stodung des Konjunkturaufstiegs während der letzten Wochen zeigt, so ist es erst recht die überflüssige Ausbreitung von Neuwahlen und die völlige Unkenntnis der Oeffentlichkeit über das künftige wirtschafts-, währungs- und sozialpolitische Programm der neuen, aus Vertretern heterogener Auffassungen gebildeten Regierung. Bisher hat es das Reichskabinett abgelehnt, seine weißes nicht leicht auf eine gemeinsame Linie zu bringenden wirtschaftspolitischen Ziele und Methoden bekannt zu geben. Statt eines klaren Programms ist ein wortreicher Aufzug des Kanzlers der neugierigen und besorgten Welt vorgeführt worden. Bei der Vieldeutigkeit seiner Formulierungen und den zahlreichen Widersprüchen, die er aufweist, kann es nicht ausbleiben, daß Gerüchte über Gerüchte entstehen, die nur zu sehr geeignet sind, den letzten Rest von Klarheit zu beseitigen. Statt eindeutige Antwort auf naheliegende Fragen zu geben, schwelgt sich entweder die Regierung aus, wie sie es auch mit den Zentrumsfragen getan hat, oder aber es erfolgen Dementis über Dementis, die nur noch mehr geeignet sind, Unruhe und Mißtrauen hervorzurufen.

Auf die in Rechtskreisen gern gehörte Behauptung, daß die Reichsregierung Mittel und Wege finden wolle, den Reichsbankpräsidenten Dr. L u t h e r seines Amtes zu entheben, erfolgte vor wenigen Tagen die Richtige Klärung, daß die Frage „g e g e n w ä r t i g nicht aktuell“ sei. Was in der Tat stimmt, — wie wohl inzwischen auch die stürmischen Währungsreformer, die der neuen Regierung nahestehen, wohl oder übel haben einsehen müssen — da es ein l e g a l e s Mittel, den Reichsbankpräsidenten vor Ablauf seiner Wahlzeit im Frühjahr 1934 zum Rücktritt zu zwingen, nicht gibt, es sei denn, daß der Generalrat der Reichsbank ihn abberufen, woran dieser jedoch nicht im geringsten denkt. Da also an der Autonomie der Reichsbank vorläufig nicht gerührt

wird werden kann, jedenfalls nicht bevor die Ratifizierung des Lausanner Abkommens erfolgt ist, und währungspolitische Sonderwünsche durch Herrn Luther nicht erfüllt werden, treten erfreulicherweise die Vermutungen und Kombinationen über den zukünftigen Kurs in der Währungspolitik gegenwärtig wieder in den Hintergrund. Um so mehr beschäftigen sich dagegen die interessierten Kreise über die Handhabung und Ausgestaltung des Schuldner-schutzes, insbesondere für den landwirtschaftlichen Sektor der Wirtschaft. Gestern brachte die „Kreuz-Zeitung“, also das Organ, das der gegenwärtigen Regierung sehr nahe steht, in bestimmter Form die Mitteilung, daß ein mehrmonatliches Gesamtamortatorium für die Landwirtschaft vom Reichsernährungsminister Hugenberg vorbereitet würde. Voraus ging die Erklärung Hugenbergs, daß er „keinen Voran im Dezember 1930 von ihm im Reichstag eingebrachter Entschuldigungsplan für die Ostprovinzen nunmehr als Geheltnentwurf für die gesamte Landwirtschaft im Reichskabinett nach entsprechender Anpassung an die veränderte Lage zur Beschlußfassung bringen werde.“ Ähnliche Neuierungen liegen auch aus dem Munde des Reichslandbundesführers, des Grafen R a l d e r u t h über eine wesentliche Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes vor. Wenn man weiß, in wie weitgehendem Maße nach diesen Plänen des Jahres 1930 bereits eine Entschuldung und Zinsbefreiung der Landwirtschaft erfolgen soll, deren Kosten selbstverständlich, da Währungsexperimente nicht gemacht werden sollen, nur von Seiten des Reiches, also der übrigen Steuerzahler oder der ebenfalls bedrängten Gläubiger aus Industrie, Handel und Handwerk aufgebracht werden können, so erscheint die Behauptung der „Kreuz-Zeitung“ wirklich nicht mehr so fernliegend. Von zuständiger Stelle wird dagegen nun erklärt, daß alle diese Nachrichten unrichtig seien und anscheinend von übelwollender Seite verbreitet würden. Sehr bezeichnend ist jedoch die weitere Mitteilung, daß „alle diese Dinge sich noch im Zustande der E r w ä g u n g“ befinden. Vorläufig werden also alle diese Gerüchte über Amortatorien, Zwangsanzinskonversion, Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes, regierungsgewaltig dementiert, obwohl solche und ähnliche Gedanken und Vorschläge in den Kreisen der letzten Regierung ihre geistige Heimat haben, wie die Erklärungen Hugenbergs beweisen, selbst wenn man den Nationalsozialisten niemals die ominöse B e r e c h u n g d e r Z i n s l o s e i t a t z u g e t r a u t hat.

Daß durch dieses vollständige Durcheinander, durch die Gerüchte und ungenügenden Dementis sich eine ständig wachsende Unruhe in weiten wirtschaftlich interessierten Kreisen ergibt,

Die neue Notverordnung

Verfassungen sind wieder anmeldspflichtig — Die Vorschriften für die Presse

Ein gefährliches Instrument

Berlin, 6. Februar. Die heute veröffentlichte auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 erlassene „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes“ regelt in ihren Abschnitten 1 bis 3 die Voraussetzungen, unter denen öffentliche politische Versammlungen und Aufzüge verboten oder aufgelöst, periodische Druckschriften beschlagnahmt oder verboten und Sammlungen zu politischen Zwecken untersagt werden können.

Abschnitt 1.

Verfassungen und Aufzüge.

§ 1. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlung und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden. Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist.

§ 2. Öffentliche politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, 1. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetz oder rechtsgültige Verordnungen angeleitet wird oder 2. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft werden oder 3. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder 4. wenn in ihnen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angeleitet wird, 5. wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind.

§ 3 regelt die Befugnisse polizeilicher Beauftragter in öffentlichen Versammlungen, § 4 das Verfahren nach deren Auflösung.

§ 5. Der Reichspräsident kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, verbieten.

§ 6. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

Abschnitt 2.

Beschlagnahme und Verbot von Druckschriften.

Nach § 9 können periodische Druckschriften verboten werden, aus den gleichen Gründen, aus denen Versammlungen aufgelöst werden können, ferner wenn in ihnen zum Generalfreistreich oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angeleitet wird, wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden.

Abschnitt 3.

Sammlungen zu politischen Zwecken.

§ 14. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können verbieten, daß Geld- oder Sachspenden zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen von Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Vergnügungstätten oder an anderen öffentlichen Orten eingesammelt werden; das Verbot kann auf einzelne Sammlungen oder die Sammlungen bestimmter Vereinigungen beschränkt werden.

Sammlungen, die in Versammlungen oder im Zusammenhang mit ihnen am Versammlungsort stattfinden, sowie Sammlungen von Haus zu Haus, die sich auf Mitglieder der sammelnden Organisationen beschränken, sind zulässig.

Der Reichspräsident kann gegebenenfalls ein derartiges Verbot aufheben.

Abschnitt 4. enthält für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der vorhergehenden Abschnitte Strafvorschriften, die Geld- und Gefängnisstrafen, zum Teil unter Angabe einer Mindeststrafe, vorsehen.

§ 23 gibt die Möglichkeit zur Schließung von Räumlichkeiten, die als Stützpunkte für politische Straftaten benutzt werden.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Sie enthält im wesentlichen Bestimmungen, die in der bekannten drakonischen Verordnung von Papen bereits enthalten waren. Die Reichsregierung kann mit dieser Verordnung die gesamte Agitation, ja schon die Finanzierung einzelner Parteien lahm legen. Man darf gespannt darauf sein, inwieweit sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wird.

bestätigt jede Anfrage bei den beteiligten Kreisen bezüglich die Maßnahmen der Verbände, wie die des Handwerks und der Sparer, bestätigt aber auch die Entwicklung an der Börse, die seit Tagen bedenklichen Schwächen anzeigt, besonders an den Rentenmärkten ausgeprägt ist. Mit der alleinigen Behauptung der Regierung, daß keinerlei Experimente auf wirtschaftlichem Gebiete erfolgen würden, ist es offenbar also nicht getan. Bezeichnend ist übrigens, daß selbst ein der Regierung so nahestehendes Blatt wie die „Berliner Börsen-Zeitung“ sich vorgestern veranlaßt sah, an auffälliger Stelle „ihre“ Regierung erneut vor solchen Experimenten zu warnen. Die Wirtschaft braucht Klarheit und Ruhe, der jetzige Zustand, der Unsicherheit und Ungewißheit, über das, was beabsichtigt und kommen wird, ist unerträglich und führt, wie die Ereignisse am Kapitalmarkt schon jetzt zeigen, zu schweren Schäden der Gesamtwirtschaft. Die Regierung wird nicht darum herumkommen, sehr bald klar und eindeutig Farbe über den Kurs ihrer Wirtschaftspolitik zu bekennen, selbst wenn es ihr noch so schwer und unangenehm sein sollte, dies vor den Wahlen zu tun.

Gegen erweiterten Vollstreckungsschutz Forderungen des Großhandels.

Der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels hat an den Reichsjustizminister eine Eingabe gerichtet, in der er sich mit großem Nachdruck gegen jede weitere Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes ausspricht. Sollte die Reichsregierung sich trotz aller Warnungen der Wirtschaft veranlaßt sehen, doch einen erweiterten Vollstreckungsschutz zu schaffen, so müßten u. a. die Forderungen des Großhandels beachtet werden, wonach der Vollstreckungsschutz seitens bis zum 31. Oktober 1933 zu begrenzen sei. Sollten die von dem Reichsverband vorgeschlagenen Sicherungen nicht getroffen werden, so sei zu erwarten, daß die mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Kreise des Handels aus Notwehr gezwungen sein würden, nicht nur jede Lieferung auf Kredit an die Landwirtschaft, sondern auch die Finanzierung der landwirtschaftlichen Betriebe einzustellen.

Unterredung Boncour — Nadolny

Genf, 6. Februar. Der französische Außenminister Paul Boncour empfing heute vormittag den Besuch des deutschen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz, Votschaffer Nadolny. In der Besprechung, die etwa 1/2 Stunden dauerte, wurde das Arbeitsprogramm der Abrüstungskonferenz besprochen. Wie man hört, hat Votschaffer Nadolny vor allem betont, daß die Konferenz nunmehr endlich zu konkreten und wirksamen Abrüstungsmahnahmen kommen müsse.

Paul Boncour hatte im Verlaufe des Vormittags weitere Besprechungen mit dem britischen Vertreter Unterstaatssekretär Eden und dem Vizepräsident der Abrüstungskonferenz Politis. Paul Boncour wird voraussichtlich am Dienstag im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz eine große Rede halten und dabei auch die scharfe Kritik die der französische Sicherheitsplan in der Debatte bisher gefunden hat, antworten.

Beilegung der Charlottenburger Dpler

Am Sonntagnachmittag erfolgte unter Teilnahme von fast 20 000 SA- und SS-Weiten, der Hitler-Jugend, der Bismarck-Jugend, des Stahlhelm und einer Reihe anderer Rechtsorganisationen sowie der Berliner Schupo die Beilegung der im Anschluß an den Fackelzug zu Ehren des Reichspräsidenten und des Reichstanzlers in Charlottenburg bei einem Feuerüberfall Getöteten, des Polizeihauptwachtmeisters Jauritz und des SA-Führers Malowski. Die staatlichen Gebäude hatten die Preußenfarben halbmaße gefleht. Der Pom, in dem die Särge aufgestellt waren, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Neben den Angehörigen der Toten sah man Reichstanzler Hitler und Minister Goering in SA-Uniform. Weiter nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil Polizeipräsident Dr. Meißner, der Kommandeur der Berliner Schupo, Poten, Kronprinz Wilhelm, Prinz August Wilhelm und Major Stephan vom Stahlhelm.

Auch Kommunalwahlen in Preußen

am 12. März

Berlin, 6. Februar. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium (Kommissare des Reiches) durch die Verordnung sämtliche kommunalen Vertretungsgremien aufgelöst. Die Rechtsgrundlage dieser Verordnung ergibt sich aus den einzelnen Gemeindefassungsgeetzen, in denen das Staatsministerium ermächtigt ist, durch Verordnung gemeinsame Vertretungsgremien aufzulösen. Zur Verbilligung der hierdurch erforderlichen Neuwahlen hat das Staatsministerium (Kommissare des Reiches) gleichzeitig beschlossen, den Wahltag für die Neuwahlen sämtlicher aufgelöster kommunalen Vertretungsgremien einheitlich, und zwar so festzusetzen, daß die Auslegung der Wählerlisten zugleich mit der Auslegung der Wählerlisten für die Reichstagswahl erfolgen kann. Als Wahltag ist demgemäß der 12. März 1933 festgesetzt worden.

Gegen Numerus clausus für Lehrer

Bekanntlich will das Volkshochschulministerium Ostern nur 100 Abiturienten zum Volkshochschulstudium zulassen, eine außerordentlich geringe Zahl, gegen die sich namentlich die Lehrerschaft, aber auch die Abiturienten beschweren. Im Landtag haben jetzt die Deutschsozialisten einen Antrag eingebracht, die Regierung möge die Zahl der zuzulassenden Pädagogikstudenten wesentlich erhöhen. — Die Sozialdemokraten haben beantragt, daß die Regierung die SA-Sportschule in Hammerleubdorf sofort schließen möge, da dort wiederholt Zwischenfälle mit Injassen der Sportschule vorgekommen seien.

Herr von Papen absolut . . .

Preußen-Landtag wird aufgelöst

Eine erlaunliche Verordnung des Reichspräsidenten

Berlin, 6. Februar. Es wird folgende „Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen“ veröffentlicht: Auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 der Reichsverfassung verordne ich folgendes:

§ 1.

Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatsleben gefährdet.

Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preussischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen.

§ 2.

Mit der Durchführung dieser Verordnung beauftrage ich den Reichskommissar für das Land Preußen.

§ 3.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, 6. Februar 1933.

Der Reichspräsident gez. v. Hindenburg,
f. d. Reichskanzler gez. von Papen,
Stellvertreter des Reichskanzlers.

Wir wollen es den Juristen überlassen, sich darüber zu streiten, ob eine verfassungsmäßige Begründung dieses Schritts denkbar ist. Feststellen möchten wir aber schon jetzt, daß diese Maßnahme in den Augen des Volkes ein Gewaltstreich bleiben wird.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten wird ein Urteil des Staatsgerichtshofes geändert. Wenn man folgerichtig auf diesem Wege fortfährt, wird man den ganzen Staatsgerichtshof aufheben müssen. Uns scheint, daß die Regierung schon mit dieser Maßnahme den entscheidenden Schritt über die Grenzen der Verfassung hinaus getan hat.

Herr von Papen kann jetzt in Preußen absoluter regieren als jemals ein König. Er kann alles. Und zunächst einmal kann er den preussischen Landtag auflösen. Was prompt geschehen wird . . .

Kurze Nachrichten

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages wird vor den Wahlen nicht mehr zusammentreten.

Reichsminister Hugenberg gewährte einem Vertreter des Berliner Lokalanzeigers ein Interview über wirtschaftspolitische Fragen.

Kraftwagen vom Zug erlöst

Breslau, 6. Februar. Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen fuhr kurz vor dem Bahnhof Schmiedefeld durch eine geschlossene Schranke, wurde von dem Personenzug Breslau—Glogau erfasst und etwa 600 Meter mitgeschleift. Von den Insassen wurden der Baumeister Pelke und Frau aus Deutsch-Lissa sofort getötet; die siebzehnjährige Tochter starb im Krankenhaus. Zwei weitere Kinder erlitten Verletzungen.

Dresdner Börse vom 6. Februar

Schwächer. Die neue Woche eröffnete in schwächerer Haltung bei nur geringen Umsätzen. Bestimmend wirkte die schwache Veranlagung des Anleihemarktes und der Reichsbankanteile. Letztere verloren 11 Proz., Sächs. Bodenkredit 1,5 Proz. Am Industriekapitalmarkt ergaben sich nur vereinzelt Veränderungen, nennenswert schwächer lagen von den Brauereien Steintiner Vergschloß — 3 Proz., Schöllerhof — 2 Proz., während Kuhlbadener Ritz 3 Proz. anwog. Außerdem verloren Vereinigte Stahlstoff 4,5 Proz., Siemens Glas 3,5 Proz., Deutsche Ton und Cädiger Leder je 2 Proz., Union Diehl — 8 Proz. gegenüber 31. Januar, Schubert & Salzer und Rosenthal je — 1,5 Proz., Wanderer 1,75 Proz. Außerdem lag eine Reihe von Papieren bis etwa 1 Proz. abgeschwächt. Anleihen unter Führung von Reichsanleihe Altböhl (— 2,70 Proz.) schwächer. Reichsanleihe 1930 verlör gegenüber 3. Febr. 5 Proz. Auch Pfandbriefe waren angeboten und gaben vereinzelt 1 bis 2 Proz. nach.

Kursschwankungen. Reichsanleihe Altböhl 61,3; Reichsanleihe Neuböhl 7,85; Reichsbank 134,4; Sächs. Bodenkreditanstalt 78; Chem. Fabrik v. Seyden 54,4; Chem. Fabrik Seltsenberg 60,4; Dresdner Gaswerke 19; Elektra 125,4; Erste Kuhlbadener 51; Kellnerhof 41,4; Kuhlbadener Ritz 118; Mimola 193; Peniger Patentpapier 23,4; Polophon 97,4; Rabenberger Exportier 161; Reichelbräu 143,4; Schubert & Salzer 168,4; Soc. Brauerei Waldschlöden 80,4; Wanderer 57; Zell-Jhon 64,4.

Witterungsaussichten der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Vorübergehend abflauende Winde, die nach südlichen Richtungen zu drehen werden und Bewölkungsrückgang. Etwas stärkere Tageschwankung der Temperatur. Abnahme und vorübergehendes Aufhören der Niederschläge.

Morgenro

Die

Tage ihre

Dr. Eugen

vorfühende

Großfirma

daß eine

Filmpremi

sem Gebir

kommt d

Filmgesell

Es h

hätte hier

eine ganz

Propagan

des Rabi

nett den

Mehraus

Posten fü

und DR

werden,

auf die P

gewälzt

Lebensha

entsprech

ins Kino

das zu

des Rabi

Rückkehr

bührende

Eine n

Wit

spendenz

„D

hat bei d

mit dem

heißt es

„D

schrieb i

Fürstlich

Malen,

Reinung

blidliche

lischer F

Wit

feststell

berholte

bayerisch

„E

die von

über ein

1928 ein

hat hier

im Wor

enthält

D

des Vol

nittliche

mittag

in Kri

worden.

:

riums f

anwalt

man n

Zwickau

Blauen.

Gar t u

Le d i g

ner zu

Notizen

Morgenrot.

Die neue Reichsregierung hat an einem der ersten Tage ihrer Amtsführung auf Einladung des Ministers Dr. Eugenberg, der bekanntlich gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Ufa ist, die Uraufführung des neuen Ufa-Großfilms „Morgenrot“ besucht. Es ist das erste Mal, daß eine deutsche Reichsregierung korporativ bei einer Filmpremiere erscheint. Das Kino hat nun auch auf diesem Gebiete dem Theater den Rang abgelassen. Das kommt davon, wenn die Aufsichtsratsvorsitzenden von Filmgesellschaften Minister werden.

Es soll nur ja niemand behaupten, Herr Eugenberg hätte hier unter Ausnutzung seiner amtlichen Stellung eine ganz neuartige aber sehr zugkräftige Methode der Propaganda gefunden. Vielmehr ist dieses Erscheinen des Kabinetts im Kino ein Zeichen dafür, daß das Kabinett den stärksten Willen zur Sparsamkeit hat. Die Mehrausgaben, die durch die Einrichtung der vielen neuen Posten für langgediente Parteibuch-Männer der NSDAP und DNVP entstehen, sollen offenbar dadurch eingespart werden, daß die Vergütungshöhen der Reichsminister auf die Privatwirtschaft, in diesem Falle auf die Ufa abgewälzt werden. Es ist ja auch viel schlichter und der Lebenshaltung der breiten Massen des deutschen Volkes entsprechender, wenn die Minister zu ihrer Erholung bloß ins Kino gehen und nicht etwa in die Große Oper, wie das zu früheren Zeiten üblich war. Dieser Kinobesuch des Kabinetts ist also ein erster erfreulicher Beweis der Rückkehr zur altpreussischen Schlichtheit, den wir mit gebührender Hochachtung notieren. . .

Eine nationalsozialistische Fälschung.

Wir lesen in der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“:

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat bei den letzten Wahlen ein Flugblatt verbreitet mit dem Titel: „Kirchen und Klöster brennen.“ Darin heißt es u. a.:

„Der gegenwärtig regierende St. Vater Pius XI. schrieb in seinem Weihnachtsbrief 1928 an den Kardinal Fürstbischof von Breslau: „Ich verbiete zu wiederholten Malen, Katholiken zu zwingen, bestimmten politischen Meinungen Folge zu leisten, auch wenn diese die augenblicklichen Meinungen wirklicher oder sogenannter katholischer Führer sein sollten.“

Wir können auf Grund authentischer Mitteilungen feststellen, daß Fürstbischof Kardinal Vertram zu wiederholten Malen und neuerdings auf die Anfrage eines bayerischen Ordinariats am 26. Januar 1933 erklärt hat:

„Es ist durchaus richtig, wenn Sie annehmen, daß die von den Nationalsozialisten verbreitete Mitteilung über einen Weihnachtsbrief Seiner Heiligkeit vom Jahre 1928 eine Fälschung ist. Der Erzbischof von Breslau hat niemals ein Schreiben des St. Vaters erhalten, das im Wortlaut oder dem Sinne nach die obige Weisung enthielte.“

Dresden und Umgebung

APD-Demonstrationen verboten

Dresden, 6. Februar. Wie uns das Presseamt des Polizeipräsidiums Dresden mitteilt, sind die kommunistischen Straßendemonstrationen, die am heutigen Nachmittag hier geplant waren, auf Grund der Bestimmung in Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung verboten worden.

Justizpersonalien. Im Bereich des Justizministeriums sind in den Ruhestand versetzt worden Oberstaatsanwalt Klüber, Leipzig, Amtsgerichtsrat Dr. Großmann, Waizen, Landgerichtsrat Dr. Büchner, Zwickau und Gefangenenaufsichtsdirektor Müller, Plauen. Ernannt wurden die Amtsgerichtsräte Dr. Hartung zum Landgerichtsrat in Leipzig und Dr. Ledig zum Landgerichtsrat in Dresden, Ass. Dr. Wagner zum Amtsgerichtsrat in Brand-Erbisdorf, Dr. Ste-

Das sächsische Zentrum kampfbereit!

Die Tagung des Landesvorstandes der SZP.

Dresden, 6. Februar.

Der Landesvorstand der Sächsischen Zentrumsparlei hatte seine Bezirks- und Ortsgruppenvorsitzenden Sonntag, den 5. Februar, zu einer außerordentlichen Tagung nach Dresden einberufen, in der zur politischen Lage und den bevorstehenden Reichstagswahlen Stellung genommen wurde.

Die aus allen Teilen des Landes außerordentlich gut besuchte Versammlung stellte sich nach einem einleitenden Referat des Landesvorsitzenden Pfarrer Kirsch in größter Geschlossenheit hinter die Führer der Zentrumsparlei und beschloß in voller Einmütigkeit, die für die Durchführung der Reichstagswahlen erforderlichen Maßnahmen.

Als Spitzenkandidat für die drei sächsischen Wahlkreise wurde einstimmig Reichshauskanzler a. D. Dr. Brünning

aufgestellt. Die am gleichen Tage in Berlin vor dem Reichsparteivorstand und dem Reichsparteiausschuß der Zentrumsparlei gehaltene Rede des Führers Professor

Dr. Raas wurde mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. Einstimmig faßten die Vertreter die nachstehende Entschliessung:

„Die heute in Dresden versammelten Vertreter der Sächsischen Zentrumsparlei erklären ihre freudige Zustimmung zu den grundsätzlichen programmatischen Ausführungen ihres Führers, des Prälaten Raas.

Sie erklären, daß sie sich in unerschütterlichem Vertrauen und begeistert hinter die Führung der Deutschen Zentrumsparlei stellen.

Sie fordern alle deutschen Volksgenossen, die die Einheit der Nation nicht zerreißen, sondern Brücken schlagen wollen, auf, ohne Rücksicht auf Konfessionen und Stand

im Kampfe um die Beseitigung der deutschen Not, im Kampfe für das deutsche Volk in allen seinen Schichten und Ständen,

im Kampfe für die wahre deutsche Volksgemeinschaft im Geiste des Christentums,

am 5. März für die Millionenbewegung der Deutschen Zentrumsparlei zu stimmen!“

Partei-Versammlungen

Dresden. Der Kursus-Abend für Jungwählerinnen am Montag, 6. Februar fällt aus, um die am gleichen Abend stattfindende Veranstaltung des Sammelverbandes nicht zu stören. — Nächster Kursusabend: Montag, 13. Februar. Thema: Die politischen Parteien.

Ortsgruppe Löbnitzschafften: Montag, am 6. Februar, 8 Uhr abends, Jahreshauptversammlung mit Bericht und Neuwahlen, Bahnhofswirtschaft Weintraube.

Dresden: Mittwoch, 8. Februar, 20 Uhr, Aussprache-Abend für Jungwähler. Thema: „Autarkie und Weltwirtschaft.“ Leitung: Dr. Deszczyk.

Werdau: Mittwoch, 8. Februar, 20 Uhr, Zentrumsversammlung. Redner: Pfarrer Kirsch.

Seitendorf. Donnerstag, 9. Februar, 8 Uhr abends, Generalversammlung der Zentrums-Ortsgruppe. Referent: Pfarrer Grohmann, Geistlicher Rat.

Döbeln: Donnerstag, 9. Februar, 20 Uhr, Zentrumsversammlung. Redner: Pfarrer Kirsch.

Dippoldswalde. Freitag, 10. Februar, Hotel zum Stern, Wahlversammlung des Zentrums. — Redner: F. Jensch, Dresden.

Ortsgruppe Oelsnig i. Ergz. Montag, den 13. Februar, abends 7 Uhr im Vereinszimmer der Kirche Versammlung. Der Wichtigkeit wegen wird erwartet, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen. Parteifreunde und Gäste immer willkommen. Die Ortsgruppe Zugau wird hiermit eingeladen.

Dresden-Röbtau: Donnerstag, 16. Februar, 20 Uhr, Ratskeller, Wahlversammlung. Redner: Pfarrer L. Kirsch.

Dresden-Neustadt: Freitag, 17. Februar, 20 Uhr, Neustädter Löwenbräu, Königsbrücker Straße, Wahlversammlung. Redner: Pfarrer L. Kirsch.

Matheneukirchen: Montag, 20. Februar, 20 Uhr, Pfarrhausaal, Wahlversammlung. Redner: Pfarrer L. Kirsch.

ner und Lenke zu Amtsgerichtsräten in Werdau bzw. in Leipzig. Daneben sind zahlreiche Verletzungen vorgenommen worden.

Auslandsdeutsche Rundgebung

Die Schulungstagung des Zentralverbandes auslandsdeutscher Studierender fand am Sonntag vormittag ihren Abschluß mit einer Rundgebung im Festsaal des Rathauses, die auch vom Mitteldeutschen Rundfunk übertragen wurde.

Als Oberbürgermeister von Dresden und als Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Dresden und in Sachsen dankte

Oberbürgermeister Dr. Kütz

den veranstaltenden Stellen für die Tagung, die das hoch bedeutsame Problem „Auslandsdeutschtum und Presse“ aufrollte. In das große Geschehen, das sich um die Lebensfragen des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit gruppiert, könne die Jugend nicht genug hineingezogen werden. Reichsdeutsche und Auslandsdeutsche, so fuhr Dr. Kütz fort, sind Teile ein und desselben Volkstums, durch dessen Atern lebendpendend der gleiche Kulturstrom fließt. Für die Weltung des deutschen Volkes in der Welt ist es durchaus nicht gleichgültig, wie stark sich innerlich die Millionen von Deutschen außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches und uns Deutschen im Reich verbunden fühlen. Volklicher Gemeinschaftswille kann ohne genaues gegenseitiges Sichkennen nicht entstehen und nicht bestehen. Deswegen ist ein ständiger geistiger und seelischer Wechselverkehrt zwischen uns nötig. Wer könnte uns hierbei willkommener, wer wirkungsvollerer Bundesgenosse sein als die Presse. So verheißt die Arbeit des Verbandes Auslandsdeutscher Studierender

ganz allgemein, als auch im besonderen auf der diesjährigen Tagung, Dienst am deutschen Volke als Gemeinschaft und mündet damit ein in die große deutsche Gemeinschaftsarbeit, von der gerade jetzt nicht genug geleistet werden kann, vor der alle Unterschiede der politischen und sozialen Schichtungen verblassen sollten, über der das schöne Wort Widenbruchs leuchten muß:

Hier ist nicht Zeit zum Wühlen,
Nicht Zeit für die Partei,
Hier gilt es nur zu fühlen,
Daß eins das Große sei:
Das Land, aus dessen Schoße
Mir Leib und Geist erstand,
Das einzige, das große,
Das deutsche Vaterland!

Ja, wenn es in unserer so grauenhaft zerrissenen und zerklüfteten Zeit überhaupt noch eine Quelle des Gemeinschaftlichen geben kann, so liegt sie in dem gemeinsamen Empfinden des Deutschtums. Werden Sie, liebe junge Freunde aus der akademischen Jugend, immer mehr starke Stützen eines solchen deutschen Gemeinschaftsgeistes für drinnen und draußen. Ein früherer Rektor der Leipziger Universität hat einmal das Wort gesprochen: Die Jugend muß Partei ergreifen, Parteinahme ist Enthusiasmus, und was ist Jugend ohne Enthusiasmus? Ja, aber es ist das schöne Recht und die heilige Pflicht gerade der akademischen Jugend, daß sie im letzten Grunde und im letzten Ziele nur eine Partei kennen soll, der die ganze Inbrunst ihres jugendlichen Fühlens und Strebens gehört, und die heißt deutsches Volk und Vaterland!

Nach der Rede des Oberbürgermeisters betrat der Rektor der Technischen Hochschule Dresden,

Prof. Dr.-Ing. Reuther,

das Rednerpult. Er wies darauf hin, daß in seiner eigenen Stu-



Frau Meta, die Kaffeekönigin

Loser Malzkaffee? Nein!

Feiner, bekömmlicher und ausgiebiger
ist der echte

Quieta Malzkaffee

Nur in Originalpaketen!

1 tb 45 ¢
1/2 tb 23 ¢

denzeit das Staatsbürgertum so stark im Vordergrund des Bewusstseins des Einzelnen und der einzelnen Volksteile gestanden habe, daß der Gedanke einer großen überstaatlichen Gemeinschaft aller Deutschen kaum ernst gefaßt wurde. Heute lebe dagegen im Herzen aller deutschen Menschen ein stärkeres Bewußtsein der Verbundenheit, es lebe im Herzen einer deutschen Jugend der Glaube, daß es ein Reich gebe, das wohl noch keine Form habe, das aber als Idee bestche.

Das Reich als die Heimat aller Deutschen, als deutscher Raum über die alten und neuen Grenzen hinaus, als Hort deutscher Kultur, als Ziel deutschen Wollens.

Von den Vertretern der auslandsdeutschen Studenten sprach zunächst der Vorsitzende des Zentralverbandes cand. phil. Dehottag, Leipzig. Er bezeichnete die Arbeit des Zentralverbandes als die Arbeit an uns selber und Arbeit im Reich für unsere Volksgenossen.

Zum Schluß sprach Journalist Kovagin aus Lodz über die drei Begriffe: Treue, Einheit, Glaube. Die ganze Kundgebung klang aus in den Abgesang des Deutschlandliedes.

Zur Auflösung des Finanzamtes Heidenau

Dresden, 5. Februar. Das Finanzamt Heidenau wird bekanntlich mit Wirkung vom 1. April d. J. aufgehoben. Es werden zugeteilt von dem Bezirk des Finanzamtes Heidenau die Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Pirna sowie die Gemeinden Börnersdorf, Breitenau und Delsengrund des Amtsgerichtsbezirks Lauenstein und die Gemeinde Schlotwitz des Amtsgerichtsbezirks Dippoldiswalde dem Finanzamt Pirna, die übrigen Gemeinden der Amtsgerichtsbezirke Dippoldiswalde und Lauenstein dem Finanzamt Dippoldiswalde. Von dem Bezirk des Finanzamtes Dippoldiswalde werden die Gemeinden Burkhardtsdorf, Dittersbach, Frauenstein, Friedersdorf, Hartmannsdorf, Hermsdorf, Holzhaus, Kleinböhritsch, Nassau, Prehschendorf, Rechenberg-Bienenmühle und Reichenau des Amtsgerichtsbezirks Frauenstein dem Finanzamt Freiberg zugeteilt.

! Nachmals die spanischen Schahschwindler. Die spanischen Schahschwindler suchen immer noch Leichtgläubige. Nach allen Gegenden Sachsens entsenden sie von Spanien aus ihre vervielfältigten Briefe an Personen, die nach ihrer Meinung über einige tausend Mark Geld verfügen. Unter dem Vorwand, daß nach einem für den Briefschreiber in Spanien durchzuführenden Prozeß eine größere Geldsumme zu erlangen sei, die sich im Geheimfach eines auf einem Bahnhof lagernden Koffers befinde und von der der Briefempfänger den dritten Teil als Belohnung erhalte, versuchen sie ihre Opfer nach Spanien zu locken. — Das Landeskriminalamt warnt erneut davor, sich auf solchen unbekanntem Schwindel einzulassen und bittet gegebenenfalls um Anzeigenerstattung bei der nächsten Kriminaldienststelle.

! Juristische Staatsprüfungen. In der Zeit vom 11. Dezember 1932 bis 23. Januar 1933 wurde in Sachsen die zweite juristische Staatsprüfung von 21 Prüflingen bestanden, während ein Bewerber nicht bestanden hat und 7 auf Grund der schriftlichen Arbeiten zurückgewiesen wurden.

In der Zeit vom 8. Dezember 1932 bis 6. Januar 1933 wurde die Obersekretärprüfung von 4 Bewerbern und die Assistentenprüfung von 1 Bewerber abgelegt.

! Wie der Vorstand der Dresdner Studentenschaft mitteilt, ist der Austrag der Schwertläufe der Ruderer sowie der Hochschulmeisterschaften im Skilaufen infolge der ungünstigen Witterung verschoben worden. Es wird bei einer späteren Veranstaltung darüber berichtet werden.

! Schulschließung wegen Grippe. Wegen zahlreicher Grippeerkrankungen unter den Kindern der Volksschule in Cohnmannsdorf mußte die Schule vorläufig bis zum 20. Februar geschlossen werden.

Christliche Gewerkschaften. Dienstag, 7. Februar, 19 bis 21 Uhr, gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft für die Mitglieder des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen im Verbandsheim, Hauptstr. 38. — Mittwoch, 8. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, im Restaurant Palmengarten. — Mittwoch, 8. Februar, 18 Uhr, praktischer Kursus in der Uebungswerkstatt Käuferstraße 4, für die christliche Metallarbeiterjugend. — Gruppen Altstadt, Neustadt und Pieschen des Gewerkschaftsvereins der Donners tag, 9. Februar, 19.30 Uhr, Jahresversammlung der

Karl Woermann gestorben

Im Alter von fast 90 Jahren ist Karl Woermann, der berühmte frühere Direktor der Dresdner Gemäldegalerie und bedeutende Kunsthistoriker, in Dresden sanft verschieden. Er war 1844 in Hamburg als Sohn der bekannten Heber-Familie geboren, studierte zunächst die Rechte, wandte sich aber dann der Kunstgeschichte zu und konnte dank dem väterlichen Reichthum große Kunstreisen in alle Welt unternehmen. 1882 wurde er Direktor der Dresdner Galerie; dieses Amt hat er vier Jahrzehnte hindurch mit größtem Erfolg bekleidet. Seine größeren wissenschaftlichen Arbeiten leitete er mit dem Katalog der Galerie 1887 ein, dann schuf er das Werk, das seinen Namen in der ganzen Welt bekannt gemacht hat: Die „Geschichte der Kunst aller Zeiten und Völker“, die er bis zur jüngsten Gegenwart fortgesetzt hat. In sechs Bänden ist diese Arbeit erschienen; sie zeugt von tiefster Gründlichkeit und eingehendem Kenntnis aller Kulturen. Daneben hat Woermann zahlreiche Einzelwerke veröffentlicht, die Galerie neu geordnet und sich auch als Maler und Dichter, noch bis in sein 89. Lebensjahr hinein, betätigt. Im Dresdner Gesellschaftsleben spielte er eine bedeutende Rolle.

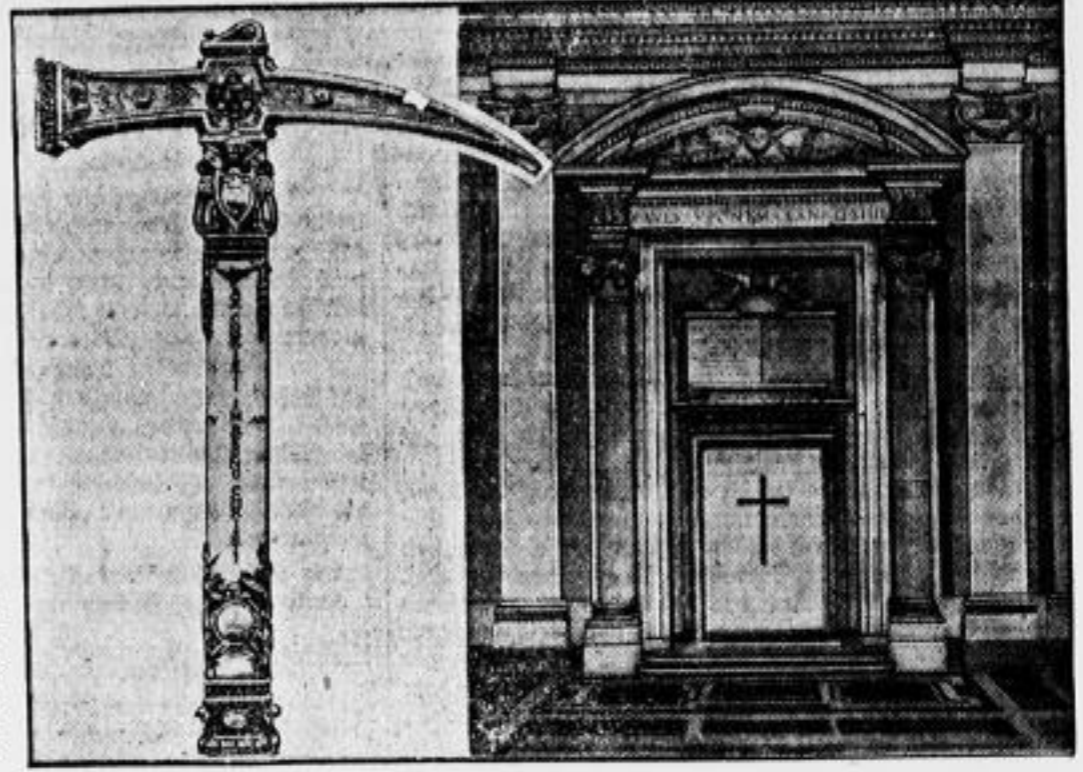
Residenztheater: Der letzte Walzer

Eine Neueinstudierung der dreilaktigen Operette „Der letzte Walzer“ von J. Brammer und A. Grünwald, mit der Musik von Oscar Straus, brachte dem Residenztheater einen sehr starken Erfolg. Ist doch eine gute Handlung zu einem wirksamen Textbuche ausgesponnen. Schade, daß der letzte Akt handlungs- und musikalisch in die gewöhnliche Vermässlerung hineingerät. Weber den Inhalt können wir hinweggehen, da er von den früheren Aufführungen her sicher noch im Gedächtnisse sein wird. Aus der Musik brauchen nur andeutungsweise noch einmal die schöne melodische Linie, die treffliche Instrumentierung, die geschickte Durcharbeitung, die fröhliche, prickelnde Stimmung und der vornehme Humor hervorgehoben zu werden, die in den Liedern, Duetten und Ensembles ohrenfällig dem Zuhörer entgegenklingen. Kein Wunder, wenn sehr viel wiederholt werden mußte!

Mit besonderem Fleiße und künstlerischem Ernste hat Leo Tischler die Aufführung vorbereitet. Er hielt sie straff am Zügel, so daß alles flott und beweglich abrollte. Kunst-

Zur Eröffnung des hl. Jahres.

Links: Der Hammer mit dem der hl. Vater symbolisch die Doffnung vornehmen wird. — Rechts: Die hl. Pforte der Peterskirche, die anlässlich des zu Ostern beginnenden Jubeljahres von Papst Pius XI. geöffnet wird.



Heimarbeiterinnen, im Verbandshelm, Hauptstr. 38. — Dienstag, 14. Februar, 19.30 Uhr, Jahresversammlung der Gruppe Striesen des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen im Gemeindefaal, Wartburgstr. 6.

Leipzig und Umgebung

Wied der Messebeginn verschoben.

Leipzig. Beim Leipziger Messeamt laufen stündlich telephonische, briefliche und mündliche Anfragen ein, ob aus Anlaß der Reichstagswahl am 5. März der Beginn der Leipziger Frühjahrsmesse hinausgeschoben werde. Wie das Leipziger Messeamt mitteilt, wird der Verwaltungsrat in einer auf den 9. Februar hier zu einberufenen Sitzung hierüber beraten und beschließen. Das Ergebnis wird dann sofort allgemein bekanntgegeben werden.

38. Leipziger Kaninchen-Weltschau

Leipzig. Am Sonnabend und Sonntag veranstaltete der Allgemeine Kaninchenzüchter-Verein für Leipzig und Umgebung seine 38. Weltschau auf dem Gelände der Technischen Messe. Die Ausstellungen haben sich seit 1863 zur größten und bedeutendsten Kaninchen-Ausstellung der Welt entwickelt. Die diesjährige Weltschau hatten über 750 Züchter aus allen Teilen des Reiches, aus Oesterreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei mit etwa 2500 Tieren der verschiedensten Rassen und Zieraffen besichtigt. Etwa ein Drittel der ausgestellten Tiere konnte ausgezeichnet werden. Der hohe haus- und volkswirtschaftliche Wert der Kaninchenzucht wurde durch verschiedene Sonderausstellungen unterstrichen. So wurde in einer Weltschau gezeigt, daß das bescheidene Kaninchenfell sich durch Veredelung den kostbarsten Edelpelzen angleichen läßt. Die Verbundenheit der Kaninchenhaltung wie der Kleintierzucht überhaupt mit dem Siedlungsweien kam in einer aus schließlich Siedlungsschau zum Ausdruck. Eine weitere Sonderausstellung diente der vielseitigen Verwertungsmöglichkeit der Wolle des Angorakaninchiens, deren Verpinnung praktisch vorgeführt wurde.

Leipzig. Sieben Grippeopfer. In letzter Zeit ist eine Zunahme der Erkrankungsfälle an Grippe zu verzeichnen. Am 28. Januar waren in den sechs Leipziger Krankenhäusern 164 Grippeopfer in Behandlung und bei der Ortstrankenfasse am selben Tag 415 grippeopfer Kranke mit-

Krause leitete den orchesterhaften Part mit Schwung, Fluß und feinsten musikalischer Einstellung. Das Orchester verdient alle Anerkennung. Die Besetzung der Rolle der Vera Lisaweta durch Johanna Schubert war außerordentlich glücklich. Prächtig in der Erscheinung, wohlklingend im Gesang und im Spiel mit Schorn, Grazie und Robuste stand sie im Mittelpunkt der Charakterisierungskunst in allen Farben spielen lassen. Alle Läng, Charlotte Rudolph, Polly Ditters und Emy Längendach erfreuten durch frisches Spiel. Heinz Steinbrecher sang feingliedrig und dorbekanntlich eine geeignete Linie für den Grafen Dimitry. Auch die Herren Haber, Seiffert, Wolf und die übrigen zahlreichen Mitwirkenden sorgten für Fluß und Laune. Adolf Gasser leitete für unternehmende Tänze, und Bruno Schöpe gab das stimmungsvolle Bühnenbild. Der Pölsell für die ausgezeichnete Aufführung, insbesondere für Johanna Schubert, wollte kein Ende nehmen, obwohl der „Eiserne“ sich schon gefenkt hatte.

Albortheater. Das dritte Sinfoniekonzert der Neustadt brachte wiederum nur spärlichen Besuch. Man muß den Idealismus der Dresdner Philharmonie bewundern. Andererseits ist man aber auch über die Interesslosigkeit der Neustädter erkant, die immer darüber klagen, daß die Neustadt vernachlässigt werde. Man macht mit Festwochen der Neustadt Reklame, bleibt aber häufig zu Hause, wenn in der Neustadt „was los“ ist. Ein kurioser Fall! Von der Serenade Nr. 6 in D-dur von Mozart und der Emoll-Sinfonie Nr. 5 von Beethoven umrahmt, hörte man Max Trapps Divertimento für Kammerorchester als Festaufführung. Ein musikalisch vornehmes Werk, das in der Verarbeitung der Themen originell sich anläßt, einigen Instrumenten dankbare Soloaufgaben anvertraut und in den bewegten Zeilmachen das Interesse der Zuhörer beansprucht. Die langsamen Sätze hingegen bringen kaum etwas Neues. Walter Silber (Vad Harmonie) führte die Dresdner Philharmonie zu einem feinsinnigen, klaren, klug- und tief-schürfenden Sinfoniekonzert.

Kunst-Dienst-Gesprächs-Abend. Am Donnerstag, 9. Febr., findet Walsburgstraße 15, abends 8 Uhr ein Ausprache-Abend „Kunst und Form“ statt, zu dem der Kunst-Dienst bei freiem Eintritt eine von ihm zusammengestellte Lichtbildfolge neuer evangelischer und katholischer Bau- und Werkkunst zeigen wird. Weitere Abende folgen.

lieder vorhanden gegenüber 213 am 21. Januar. In der Zeit vom 30. Januar bis 4. Februar scheint die Zahl der Grippeerkrankungsfälle bei den Schulkindern anzusteigen. Die Grippe verläuft im allgemeinen nicht bösartig. Standesamtlich sind in der Zeit vom 1. bis 21. Januar sieben Todesfälle an Grippe angezeigt worden.

Aus der Lausitz

I. Großschönau. An Hand überaus fesselnder, in ihrer wahrheitsgetreuen Wiedergabe oft erschütternder Bilder ließ der Film „Das Vermächtnis eines Missionars“, vorgeführt von der katholischen Filmstelle des Volksvereins Dresden-A. das mit unsagbaren Opfern und Strapazen erkaupte, segensreiche Wirken unserer katholischen Missionäre an Auge und Seele der Zuschauer vorübergleiten. P. Schulte, O. M. I., ist der Schöpfer dieses wertvollen Films, den er selbst erlebt hat. Sitten und Gebräuche der Eingeborenen von Afrika, sowie Licht- und Schattenseiten der Landschaften dieses Erdteils lernte man kennen, die Tiere der Wildnis konnte man belauschen. Ein Steppenbrand, sowie der Anblick der gewaltigen Viktoriafälle im Sambesifluß (Ostafrika) ließen die dämonischen Gewalten der Elemente schauernd ahnen. Alles das diente nur als Rahmen um das Bild, das die Strapazen der Sendboten unseres Glaubens zeigte, dieser „Alles für Gott und die Menschheit“ aufopfernden Selben. Wohl jeder der Zuschauer wird sich im Stillen gelobt haben, von nun an — falls es bisher noch nicht geschehen — auch sein Scherkein für unsere Mission heizutragen.

Es waren schöne genutzreiche Stunden, und die in großer Anzahl erschienenen Zuhörer ließen es nicht fehlen an Dankesäußerungen gegenüber den beiden Herren von der katholischen Filmstelle, die durch Vermittlung des H. S. Warrer Ebermann diesen — wie allgemein anerkannt wurde — erstklassigen katholischen Film dargeboten haben. Ein kurzes aufmunterndes Schlusswort an jene, die noch nicht dem Missionsverein angehören, beendete den in jeder Weise schön verlaufenen Abend. M.

I. Kunnersdorf, Gemeindeverein. Bei schwächster Beteiligung fand die Hauptversammlung statt. Als Kassierer wurde gewählt Fräulein Anforge, als 1. Schriftführer Herr A. Fischer, als 2. Schriftführer Herr R. Birnbaum, Vertrauensmann: Herr A. Anforge. Der gewählte Obmann nahm die Wahl nur bedingungsweise an. Am 15. Februar ist Faschingsfeier.

I. Kunnersdorf. Nachdem sich kaum das Grab des ältesten Gemeindegliedes Frau Josefa Rieger-Bernstadt geschlossen, bedauert die Gemeinde schon wieder den Verlust einer maderen katholischen Mutter, Frau Marie Feinze, Nieder-Strahwalde b. Herrnhut. R. i. p. Ibr.

Chemnitz, Zwickau, Plauen

Plauen. 20 Schulklassen geschlossen. Hier sind zahlreiche Grippeerkrankungen zu verzeichnen. Die Ortstrankenfasse verzeichnet 474 Grippeopfer, d. h. 60 bis 70 Prozent aller Krankheitsfälle. 20 Schulklassen mußten geschlossen werden. In Grün bei Bengelst sind sämtliche Klassen der Volksschule wegen Grippe-Erkrankungen geschlossen.

Reichenbach i. V. Kesselerplosion. Im Gebäude einer früheren Eisengießerei in der Amtmannogasse ereignete sich eine heftige Kesselerplosion. Der Kessel, in dem hart getocht wurde, wurde aus der Mauerung gerissen, sämtliche Fenster scheiben gingen in Trümmer. Ein 20-jähriger Arbeiter wurde so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Nerchau. Sägewerk abgebrannt. Im Sägewerk des Baugeschäfts von Max Pfüge kam aus bisher noch nicht festgestellter Ursache ein Brand aus, der durch Vernichtung des Gebäudes mit den darin untergebrachten Maschinen erheblichen Schaden verursachte. Als die Feuerwehr eintraf, stand das Werk bereits vollkommen in Flammen, so daß nichts mehr zu retten war.

Wiederaufbau der Weberbergbaude.

Reichenberg i. B., 6. Februar. Die Baude auf dem Weberberg, die vor Kurzem durch ein Schadenfeuer zum größten Teil eingestürzt wurde, soll im Frühjahr wieder aufgebaut werden.